



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
5. Juni 2014

Protokoll Nr. 23

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 17. April 2014, 8.00–11.15 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsident Thomas Gmür

Präsenz:
Anwesend sind 43 Ratsmitglieder

Entschuldigt:
Laura Kopp, Marcel Lingg, René Meier,
Adrian Wassmer, Daniel Wettstein

Baudirektorin Manuela Jost, ganze Sitzung abwesend,
ansonsten ist der Stadtrat vollzählig anwesend

Vereidigung von Enver Candan als neues Ratsmitglied durch den Ratspräsidenten
Nachfolger von Melanie Setz Isenegger

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen des Ratspräsidenten	4
2. Genehmigung des Protokolls 21 vom 20. Februar 2014	5
3. Wahl eines Mitgliedes in die Sozialkommission Nachfolge von Melanie Setz Isenegger	5
4. Wahl eines Stimmenzähler-Stellvertreters oder Stellvertreterin Nachfolge von Melanie Setz Isenegger	5
5. Volksmotion 126, Markus Schulthess, Markus Schmid und Mitunterzeichner/innen namens des Quartiervereins Hirschmatt-Neustadt, vom 22. Oktober 2013: Kein Mehrverkehr auf der Moosstrasse, dem Bundesplatz und der Zentralstrasse	6
6. Bericht und Antrag 2/2014 vom 12. Februar 2014: Sanierung der ehemaligen Deponie im Friedental	9

7.	Postulat 107, Nico van der Heiden und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp namens der GLP-Fraktion, vom 6. August 2013: Eine grüne Welle für Velofahrende	13
8.	Interpellation 96, Reto Kessler namens der FDP-Fraktion und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 1. Juli 2013: Fairer Wettbewerb bei Planerleistungen	17
9.	Motion 114, René Peter und Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion, vom 29. August 2013: Überdeckung des Luzerner Bahnhofareals mit einem Bus-Hub	18
10.	Postulat 133, Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, vom 12. November 2013: Öffnungszeiten Sammelstellen mit Niederflursystemen	21
	Dringliche Interpellation 182, Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, Sandra Felder-Estermann und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, Reto Derungs und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion, vom 7. April 2014: Täglicher Verkehrskollaps Spitalstrasse	22
11.	Postulat 144, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion, Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion und Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 6. Dezember 2013: Kunststoffrecycling in der Agglomeration Luzern	25
12.	Postulat 121, Franziska Bitzi Staub, vom 8. Oktober 2013: Sukzessiver Ersatz von Elektroboilern	30
13.	Interpellation 136, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 13. November 2013: Energieberatung für alle oder exklusiv nur für wenige?	32
14.	Motion 124, Rieska Dommann und Jules Gut (Letzterer namens der GLP-Fraktion), vom 21. Oktober 2013: Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz städtischer Liegenschaften	32
15.	Postulat 125, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 21. Oktober 2013: Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz im Wohnungsmarkt	38

Eingänge

1. Einladung zur 23. Sitzung des Grossen Stadtrates vom 17. April 2014
2. Einladung zur 8. Sitzung der Verkehrskommission vom 15. April 2014
3. Protokoll 21 Grosser Stadtrat vom 20. Februar 2014
4. Protokoll 18 Geschäftsprüfungskommission vom 13. März 2014
5. Protokoll 20 Baukommission vom 13. März 2014
6. Protokoll 14 Bildungskommission vom 13. März 2014
7. Protokoll 7 Verkehrskommission vom 17. März 2014
8. Interpellation 178, Simon Roth und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 24. März 2014: „Städtische Gebührenpolitik“
9. Postulat 179, Marcel Budmiger, Theres Vinatzer und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 25. März 2014: „Abschaffung der Liegenschaftssteuer verursachergerecht kompensieren“
10. Dringliche Interpellation 180, Marcel Budmiger, Luzia Vetterli und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 26. März 2014: „Steht der VLG über dem Parlament?“
11. Dringliches Postulat 181, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 4. April 2014: „Keine Verzögerungen an der Industriestrasse!“
12. Dringliche Interpellation 182, Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, Sandra Felder-Estermann und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion sowie Reto Derungs und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion, vom 7. April 2014: „Täglicher Verkehrskollaps Spitalstrasse“
13. Interpellation 183, Lisa Zanolla-Kronenberg und Joseph Schärli namens der SVP-Fraktion, vom 10. April 2014: „Transparenz im Gebührenwesen: Wie viel und wofür nimmt die Stadt Luzern Jahr für Jahr Gebühren ein?“
14. Bericht und Antrag 4/2014 vom 2. April 2014: „Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2013“
15. Stellungnahme zur Motion 124, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Rieska Dommann, vom 21. Oktober 2013: „Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz städtischer Liegenschaften“
16. Stellungnahme zum Postulat 125, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion sowie Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 21. Oktober 2013: „Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz im Wohnungsmarkt“
17. Stellungnahme zum Postulat 131, Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 11. November 2013: „Sanierung Schulhaus und Aussenanlage Moosmatt“
18. Antwort auf die Interpellation 166, Katharina Hubacher und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 26. Februar 2014: „Die Auswirkung des Mindestlohns auf die Wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH)“
19. Antwort auf die Dringliche Interpellation 180, Marcel Budmiger, Luzia Vetterli und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 26. März 2014: „Steht der VLG über dem Parlament?“

Ratspräsident Thomas Gmür begrüsst die Anwesenden zur 23. Sitzung des Grossen Stadtrates. Speziell begrüsst er die Schüler der 5. Klasse des Säli-Schulhauses mit ihrer Lehrerin, Frau Ursula Moser. Entschuldigt ist Baudirektorin Manuela Jost. Ferienhalber entschuldigt sind Laura Kopp, Marcel Lingg, René Meier, Adrian Wassmer und Daniel Wettstein.

Der Ratspräsident bittet Enver Candan nach vorne und bittet den Rat, sich von den Sitzen zu erheben.

Vereidigung von Enver Candan

„Enver Candan: Sie geloben, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten Ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.“

Enver Candan, bitte sprechen Sie mir folgenden Satz nach: „Das alles gelobe ich.“

Enver Candan: „Das alles gelobe ich.“

Ratspräsident Thomas Gmür wünscht dem neuen Mitglied im städtischen Parlament alles Gute.

Freud und Leid

Am 4. April 2014 ist der Vater von Sozialdirektor Martin Merki im Alter von 82 Jahren verstorben. Martin Merki Senior war während Jahren bei den Luzerner Neusten Nachrichten, beim Vaterland, später bei der NLZ politischer Berichterstatter über das Stadt- und das Kantonsparlament. Wer sich über damalige Vorgänge informieren will, kann noch heute die von Martin Merki Senior verfassten „Bemerkungen“ nachlesen. Der Ratspräsident kondoliert Stadtrat Martin Merki im Namen des Grossen Stadtrates zum Hinschied seines verstorbenen Vaters. Der Rat erhebt sich für eine Schweigeminute von den Sitzen.

Beratung der Traktanden

Siehe nächste Seite.

1. Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Thomas Gmür: Die Mitglieder der Geschäftsleitung sind gebeten, sich in der Pause beim Ratspräsidenten einzufinden. Die Parlamentarier werden gebeten, ihr Natels auszuschalten. Die Eingangsliste liegt bei der Ratsweibelin auf. Tele 1 wird ungefähr eine Stunde lang Bild- und Tonaufnahmen machen vom Ratsbetrieb.

Es sind drei dringliche Vorstösse eingegangen. Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit der folgenden zwei Vorstösse:

Dringliche Interpellation 180, Marcel Budmiger, Luzia Vetterli und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 26. März 2014: „Steht der VLG über dem Parlament?“

Marcel Budmiger: Die Interpellanten halten nicht an der Dringlichkeit fest.

Dringliches Postulat 181, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 4. April 2014: „Keine Verzögerungen an der Industriestrasse!“.

Im Sinne der Antwort des Stadtrates hält **Rieska Dommann** nicht an der Dringlichkeit fest.

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit des folgenden Vorstosses nicht:

Dringliche Interpellation 182, Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, Sandra Felder-Estermann und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, Reto Derungs und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion, vom 7. April 2014: „Täglicher Verkehrskollaps Spitalstrasse“.

Der Dringlichkeit wird stattgegeben. Der Vorstoss wird nach der Pause behandelt.

2. Genehmigung des Protokolls 21 vom 20. Februar 2014

Der Rat genehmigt das Protokoll 21 vom 20. Februar 2014.

3. Wahl eines Mitgliedes in die Sozialkommission: Nachfolge von Melanie Setz Isenegger

Nico van der Heiden: Die SP/JUSO-Fraktion schlägt Judith Dörflinger Muff vor als Nachfolgerin von Melanie Setz Isenegger in der Sozialkommission. Die Fraktion dankt für die entsprechende Unterstützung.

Der Rat wählt Judith Dörflinger Muff als Mitglied der Sozialkommission.

4. Wahl eines Stimmenzähler-Stellvertreters oder Stellvertreterin: Nachfolge von Melanie Setz Isenegger

Ratspräsident Thomas Gmür: Als Nachfolger von Melanie Setz Isenegger als Stimmenzähler-Stellvertreter schlägt die SP/JUSO-Fraktion Simon Roth vor.

Der Rat wählt Simon Roth als Stimmenzähler-Stellvertreter.

**5. Volksmotion 126, Markus Schulthess, Markus Schmid und Mitunterzeichner/innen namens des Quartiersvereins Hirschmatt-Neustadt, vom 22. Oktober 2013:
Kein Mehrverkehr auf der Moosstrasse, dem Bundesplatz und der Zentralstrasse**

Ratspräsident Thomas Gmür: Der Stadtrat beantragt Ablehnung der Motion.

Baukommissionspräsident Reto Kessler: Die Volksmotion 126: „Kein Mehrverkehr auf der Moosstrasse, dem Bundesplatz und der Zentralstrasse“ wurde in der Baukommission behandelt. Die Volksmotionäre wurden rechtzeitig eingeladen, leider sind sie aber zur Stellungnahme in der Baukommissionssitzung nicht erschienen.

Die Grundhaltung der Baukommission ist, dass das Vorhaben eine beschlossene Sache ist und umgesetzt werden soll, obwohl auch ein grosses Verständnis für die Anliegen der Volksmotionäre vorhanden ist. Die Antwort des Stadtrates ist gut und die wichtigsten Anliegen der Bevölkerung wurden seitens des Stadtrates aufgenommen. Die Situation soll beobachtet werden und allenfalls sollen Massnahmen zur Verbesserung herbeigeführt werden. Tempo 30 und die Verlängerung der Busspur ergeben natürlich generell Diskussionsstoff. Schlussendlich wurde in diesem Gesamtkonzept aber eine gute Güterabwägung vorgenommen. Vernünftige Kompromisse und das Monitoring gaben für die Baukommission die Grundlagen zur abschliessenden Stellungnahme, obwohl innerhalb der Kommission auch kritische Haltungen vorhanden waren.

Die Baukommission folgt dem Antrag des Stadtrates und lehnt die Volksmotion einstimmig ab.

Nico van der Heiden: Das Anliegen der Volksmotion ist grundsätzlich sympathisch, die Volksmotionäre wollen weniger Verkehr in ihrem Quartier. Das möchte die SP auch. Allerdings – der Baukommissionspräsident hat es erwähnt – handelt es sich bei diesem Geschäft um eine klassische Güterabwägung: Die ganze Stadt, und wahrscheinlich auch ein grosser Teil der Agglomeration, wird profitieren von der neuen Busspur an der Pilatusstrasse. Das ist ein wichtiger Meilenstein für den ÖV im Stadtzentrum. Der Bus muss endlich schneller vorwärtskommen. Die Busspur wurde hier im Rat vielfach diskutiert. Auch einmal aufgrund eines Vorstosses der SP/JUSO-Fraktion, der überwiesen wurde. Diese Haltung wurde hier im Rat immer wieder bestätigt. Aber es muss gesagt sein: Ein Nachteil der Busspur an der Pilatusstrasse ist der Mehrverkehr an der Moosstrasse. Das ist leider so. Er wird jedoch mit umfangreichen flankierenden Massnahmen begleitet: Tempo 30, Umbau der Kreuzung Bundesstrasse-Moosstrasse und Umbau des Kreisels am Bundesplatz. Deshalb steht die SP/JUSO alles in allem hinter dem Gesamtprojekt.

Die SP/JUSO steht explizit hinter den flankierenden Massnahmen und unterstützt den Stadtrat in seinem Vorgehen. Auf gar keinen Fall will die SP/JUSO eine weitere Verzögerung bei der Busspur an der Pilatusstrasse und lehnt darum die Volksmotion ab.

Ali R. Celik: Die Stossrichtung der Volksmotion entspricht im Grundsatz der grünen Verkehrs-, Mobilitäts- und Umweltpolitik. Die Forderungen der Volksmotionärinnen und Volksmotionäre bezüglich Massnahmen zur städtischen Verkehrsplanung, Berücksichtigung der Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner, keine Verlagerung des motorisierten Verkehrs in die Wohnquartiere sowie die Einführung von flächendeckendem Tempo 30 im ganzen Quartier sind Anliegen der Grünen.

Wir setzen uns immer wieder für die Reduktion von Lärm- und Abgasemissionen, für die Verkehrssicherheit, für weniger Verkehr in Quartieren und für Tempo 30 auf städtischen Strassen ein. Oft werden wir von gewissen bürgerlichen Kreisen kritisiert, wenn Massnahmen zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs oder des Fahrtempos gefordert oder getroffen werden.

Die Fraktionen der Grünen und der SP haben im Jahr 2012 einen Vorstoss für flächendeckendes Tempo 30 in der Nacht eingereicht, welcher vom Grossstadtrat nicht überwiesen wurde. An der letzten Ratssitzung haben wir den Vorstoss der SVP zum Verzicht von Tempo 30 auf der Moosstrasse bekämpfen müssen. Unserer Überzeugung nach ist Tempo 30 auf der Moosstrasse nicht nur für die Sicherheit von Fussgängerinnen und Fussgängern wichtig, sondern auch zur Reduktion von Lärmemissionen. Aus grüner Sicht muss das Ziel der städtischen Verkehrspolitik bzw. Mobilitätsstrategie sein, eine gute Erreichbarkeit des Stadtzentrums für Personen und Güter zu ermöglichen. Gleichzeitig muss die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner erhalten oder gesteigert werden. Diese Ziele können vor allem durch verbesserte Bedingungen für den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr erreicht werden. Dabei ist nicht nur „kein Mehrverkehr“, wie die Volksmotionärinnen und Volksmotionäre fordern, sondern eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs im Stadtzentrum unvermeidlich.

Die Forderung der Volksmotion bezüglich durchgehender Busspur an der Pilatusstrasse ohne Umleitung des motorisierten Verkehrs über die Moosstrasse, Bundesplatz, Zentralstrasse können wir nachvollziehen. Wir sind aber der Auffassung, dass dieses Ziel im Zusammenhang mit der übergeordneten Mobilitätsstrategie in Betracht gezogen werden muss. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Politik Prioritäten setzt. Die G/JG-Fraktion unterstützt die Umgestaltung beim Bundesplatz und die Verlängerung der durchgehenden Busspur an der Pilatusstrasse zur schnelleren Erreichbarkeit des Bahnhofs. Damit die heutigen Verkehrsmengen koordiniert werden können, ist diese Umleitung des motorisierten Verkehrs nötig. Die städtische Politik muss eine Verkehrs- und Mobilitätsstrategie entwickeln, welche mittel- und langfristig eine optimale Erreichbarkeit des Stadtzentrums durch ÖV und Langsamverkehr garantiert. Dies könnte gesamthaft zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs führen und somit Lärm- und Abgasemissionen reduzieren.

Die G/JG-Fraktion wird dem Ablehnungsantrag des Stadtrates zustimmen.

Urs Zimmermann: Die SVP hat sich schon mehrfach und sehr kritisch gegen die Verlängerung der Busspur ausgesprochen. Wir befürchten einen Rückstau in die Obergrundstrasse und somit einen weiteren Verkehrskollaps. Auch die Zentralstrasse, welche bereits heute schon sehr belastet ist, wird sicherlich auch ein weiteres Problem darstellen. Eine grössere Verkehrsbelastung an der Moosstrasse wird mit dieser Massnahme unumgänglich sein. Das ist für die Quartierbewohner leider sehr schade. Weiter finden wir die Einführung einer Tempo-30-Zone überhaupt nicht praktikabel. Dazu hat sich die SVP auch schon mehrfach geäussert und entsprechende Vorstösse eingereicht. Rein formhalber muss die SVP die Volksmotion ablehnen.

Markus Mächler: Die CVP-Fraktion wird die Volksmotion ebenfalls ablehnen. Gründe dazu sind folgende: Formal braucht es aus Sicht der CVP diesen Planungsbericht nicht mehr. Diese Arbeit ist gemacht, die Berechnungen liegen vor. Die flankierenden Massnahmen dazu sind erkannt und beschlossen. Aber auch inhaltlich gibt es Gründe zur Ablehnung. Die CVP unterstützt das neue Verkehrsregime auf der Pilatusstrasse und die damit verbundenen Verkehrslenkungen, wie sie auf der Moosstrasse, am Bundesplatz und auf der Zentralstrasse vorgesehen sind. Damit wird ja kein Verkehr unterbunden – das ist wichtig –, aber er wird umgelenkt. Zu diesem Regime ge-

hören halt auch die Beruhigung auf der Moosstrasse und die Umbauten am Bundesplatz. Das soll jetzt einmal ausprobiert werden. Auch auf das Risiko hin, dass vielleicht dann mit ein paar Monaten Erfahrung das eine oder andere nachjustiert werden müsste. Auch wir wollen nicht mehr Durchgangsverkehr im Quartier, wie das die Motionäre selbstverständlich auch nicht wollen. Das ist aber gut organisiert und es gibt Massnahmen dazu, um das zu verhindern. Auch Tempo 30 kann zur Beruhigung im Quartier beitragen.

Das will die CVP ermöglichen und lehnt die Volksmotion deswegen auch ab.

Reto Kessler: Das Meiste wurde bereits gesagt. In der FDP-Fraktion gibt es einzelne kritische Haltungen gegenüber der Verlängerung der Busspur und der Verkehrsentwicklung im Bereich Bundesplatz, Moosstrasse und Zentralstrasse. In der Antwort des Stadtrates wird aber klar aufgezeigt, dass es keine Alternative ist, was die Volksmotionäre gerne haben möchten. Wichtige Anliegen sind unter Einbezug der Bevölkerung vom Stadtrat entgegengenommen worden. Es geht deutlich hervor, dass man dort darauf reagieren will. Die FDP-Fraktion erwartet, dass ein entsprechendes Monitoring auch stattfinden wird und allfällige Verbesserungsmassnahmen sofort umgesetzt werden. Die Volksmotion geht aber einfach zu weit.

Daher wird auch die FDP-Fraktion die Volksmotion ablehnen.

Jules Gut: Aus Sicht der GLP braucht es keinen neuen Bericht. Die Fragen sind ausreichend und in allen möglichen Gremien in der Stadt diskutiert und geklärt worden. Die GLP-Fraktion steht hinter dem Stadtrat, welcher die Umlegung des Verkehrs nun konkret umsetzt.

Die Grünliberale Fraktion lehnt die Volksmotion ab.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Wie bereits viele Vorredner hat auch der Stadtrat viel Sympathie für die Grundanliegen der Volksmotionäre. Es gibt auch Forderungen, die bereits durchaus erfüllt sind. Insgesamt kann aber der Stadtrat die vier aufgeführten Forderungen nicht übernehmen. Der erste Punkt wäre, dass es keine Umleitung geben soll, dass die Busspur phasengesteuert verlängert werden sollte. Die Spur würde zwar für den Bus frei werden, aber die Anlage müsste für den MIV zweiphasig geschaltet werden: Eine Phase in Richtung Bahnhof und die andere in Richtung Seebrücke. Dann wäre die Kapazität nicht mehr gewährleistet, das würde nur mit einem stark reduzierten MIV möglich sein. Entgegen gewisser anderslautender Aussagen strebt dies der Stadtrat aber nicht an.

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass er eine Verkehrsplanung macht, welche die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt. Das zeigt sich beispielsweise dadurch, dass in den Quartieren flächendeckend Tempo 30 gelten soll. Dort, wo dies noch nicht umgesetzt ist, soll es auch eingeführt werden. Das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität gibt vor, dass der Verkehr aus den Quartieren möglichst schnell auf das Basisnetz gebracht wird. An den Stadtteilkonferenzen wird mit der Bevölkerung, mit den Anwohnerinnen und Anwohnern ein intensiver Dialog geführt. Auch beim Projekt zur Aufwertung des Hirschmattquartiers hat man mit den Quartierkräften einen intensiven Austausch gepflegt. Selbstverständlich sind dem Stadtrat die Anwohnerinnen und Anwohner im Zuge der Lärmsanierungen, welche bis 2018 umgesetzt werden sollen, ganz wichtig.

Die Forderung „keine Verlagerung des Verkehrs in die Quartiere“ haben wir erfüllt. Aber auf dem Basisnetz muss der Verkehr fließen, und die Moosstrasse gehört zum Basisnetz. Um die negativen Auswirkungen des Mehrverkehrs aufzufangen, hat der Stadtrat vorgeschlagen – das

wurde in der letzten Session im Rat diskutiert –, dass man auf der Moosstrasse Tempo 30 einführen will. Aus Sicherheitsgründen, zur Verflüssigung des Verkehrs, und auch zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner. Denn namentlich in der Nacht, wenn die Leute gegenüber dem Lärm sensibler sind, bringt Tempo 30 sehr viel. Der Stadtrat möchte auch keine Verzögerungen durch einen Planungsbericht, den man jetzt zuerst noch erarbeiten müsste. Darin sind sich ja alle Fraktionen einig.

Als letzter Punkt zum Votum von Urs Zimmermann: Mit einer Lichtsignalsteuerung am Bahnhofknoten wird auf der Zentralstrasse eine Verbesserung möglich sein. Es wird längere Grünphasen auf der Zentralstrasse geben und damit kann das zusätzliche Volumen verarbeitet werden. Ein nächster Schritt ist der Umbau an der Moosstrasse und am Bundesplatz, der im Mai gestartet wird. Dann wird genau beobachtet, ob das System funktioniert. Die Verlängerung der Busspur ist geplant für August/September. Der Sprechende dankt den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, wenn sie dem Antrag des Stadtrates folgen.

Der Rat lehnt die Volksmotion 126 einstimmig ab.

6. Bericht und Antrag 2/2014 vom 12. Februar 2014: Sanierung der ehemaligen Deponie im Friedental

EINTRETEN

Kommissionspräsident Reto Kessler: Im B+A 2/2014 geht es um die Altlastensanierung der ehemaligen Deponie im Friedental. Das Geschäft wurde in der Baukommission behandelt. Es war unbestritten, weshalb sich der Sprechende kurz halten kann. Unter der Einhaltung der kantonalen Sanierungsfrist 2016/2017 ist das Geschäft ein klarer Auftrag gegenüber der Stadt. Der B+A ist gut und ausführlich beschrieben. Durch die Überfinanzierung der REAL wurden Geldmittel frei, welche das Projekt auch finanzierbar machen. Aus Sicht der Baukommission ist es mit dieser Spezialfinanzierung eine sinnvolle Lösung. Die Baukommission ist einstimmig auf den B+A eingetreten. Diskussionen gab es bei Kapitel 2.2 und Kapitel 3. Vor allem bei den Finanzfragen und den Anteilsberechnungen von höchstens 2,5 Mio. Franken.

Dazu wird die Baukommission im Beschlussvorschlag unter Ziffer I einen Antrag stellen. Es gab zwei weitere Protokollbemerkungen. Eine Protokollbemerkung der SP/JUSO-Fraktion unter Kapitel 1.1 (Seite 5) wurde mit 3 : 5, bei einer Enthaltung abgelehnt. Eine Protokollbemerkung der GLP wurde zurückgezogen und dann in den Antrag der Baukommission unter Ziffer I integriert. Die Baukommission stimmt dem B+A 2/2014, mit der Änderung von Ziffer I, mit 8 : 0 : 1 zu.

Rieska Dommann: Mit der Interpellation „REAL-Gelder zweckmässig und zielgerichtet einsetzen“ hat die FDP-Fraktion im Juni letzten Jahres den Stadtrat angefragt, ob es rechtlich möglich wäre, die von REAL zurückerstatteten Gelder für die altlastentechnische Sanierung der Familiengartenareale zu verwenden, was der Stadtrat in seiner Antwort klar bejahte.

Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht und Antrag und freut sich, dass die Idee der FDP-Fraktion aufgenommen wurde. Es ist damit möglich, die Finanzen der Stadt etwas zu entlasten, was sehr willkommen ist.

Aus Sicht der FDP-Fraktion ist anzustreben, dass der gesamte Betrag, welcher für die Sanierung der ehemaligen Kehrdeponie im Friedental aufgewendet werden muss, durch eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung bezahlt werden kann. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb den geänderten Kreditbeschluss der Baukommission. Wir treten ein und werden gerne zustimmen.

Marcel Budmiger: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für den vorgelegten B+A. Dass die Überfinanzierung REAL jetzt für die Sanierung der ehemaligen Deponie Friedental verwendet werden kann, ist ein wahrer Glücksfall für die Stadt. Andere Parteien haben gefordert, dass die gesamten REAL-Gelder zurückbezahlt werden. Und auch wir möchten, dass nun mindestens ein Teil der eingesparten Gelder der Bevölkerung direkt zugutekommt. Die auch von der selbsternannten Familienpartei gestrichenen Infrastrukturen für Familien, namentlich die Naturerlebnisspielfläche, die Grillstellen und die Spielwiese für Kinder könnten jetzt – wie vom Stadtrat ursprünglich eigentlich auch geplant – realisiert werden. Der SP/JUSO-Fraktion schwebt immer noch vor, dass man beim Urnerhof gemeinnützige Familienwohnungen erstellen könnte. So würde auch der vom Stadtrat zur Finanzierung der Familiengartenstrategie vorgeschlagene Verkauf des Areals Urnerhof an gewinnorientierte Immobilienfirmen obsolet. Wenn das Grundstück schon verkauft werden soll, dann zu Sonderkonditionen an eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft zur Erstellung von Familienwohnungen – etwas, das auch immer wieder gefordert wird. Ein kinderfreundlicher Landschaftspark wäre hier die ideale Ergänzung zu dieser Siedlung. Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den B+A eintreten und ihm zustimmen.

Markus Mächler: Die Fraktion der CVP kann dem Antrag des Stadtrates in diesem Geschäft gut folgen. Wir sind damals zum Projekt im Friedental und zur Sanierung der Altlasten gestanden – und wir tun das heute noch. Wenn sich mit den Geldern der Überfinanzierung von REAL nun eine Lösung anbietet, welche die Stadtkasse nur indirekt belasten wird, dann ist das in der jetzigen Zeit ein Grund zur Freude. Dieses Vorgehen hatten wir ja auch schon unterstützt, als wir im November letzten Jahres die Vorstösse zu den REAL-Geldern beraten haben und zum ersten Mal von dieser Möglichkeit Kenntnis erhielten.

Also: Ende gut – alles gut? Nein, noch nicht ganz.

Da wäre noch die Frage der Kostenobergrenze. Hier stellen wir uns nach der ausführlichen Diskussion in der Baukommission und dem nun eingetroffenen StB 243 hinter die neue Formulierung. Denn natürlich wird es sinnvoll sein, die ganzen Kosten der Sanierung aus den REAL-Geldern zu finanzieren – und keinen fixen Deckel festzuschreiben.

Und noch das: Das Projekt muss aus unserer Sicht nicht verändert werden. Auch wenn heute wiederum Gelüste aufgekommen sind, die Wiesenspielflächen entgegen dem Beschluss vom Februar 2013 doch noch mit allerlei Gegenständen und Spielgeräten auszurüsten. Das muss nicht sein. Dieses Geld setzen wir besser für tatsächlich Wichtiges zugunsten dieser Stadt ein.

Die CVP wird also eintreten und dem B+A zustimmen wollen.

Urs Zimmermann: Es ist einmal ein sehr erfreulicher B+A, weshalb sich der Sprechende kurz halten kann. Die SVP-Fraktion begrüsst sehr, dass durch die REAL-Überfinanzierung die Gelder jetzt für die Sanierungen gebraucht werden. Hier werden nun die REAL-Gelder wirklich zweckgebunden eingesetzt. Allfällige Protokollbemerkungen zur Änderung des Projekts aus dem B+A 32/2012 „Städtische Familiengartenstrategie“ wird die SVP jedoch nicht unterstützen. Zu diesem

B+A hat die SVP Ja gesagt. An diesem ursprünglichen Projekt gibt es für die SVP nichts mehr zu ändern. Die SVP steht voll und ganz dahinter. Die Anpassung des Beschlusses unter Ziff. I wird die SVP auch so unterstützen, wie sie von der Baukommission vorgeschlagen wurde. Die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihm auch zustimmen.

Korintha Bärtsch: Auch die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen steht weiterhin hinter dem Projekt Landschaftspark Friedental. Es ist sinnvoll und elegant, dass man die Sanierungskosten aus der Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung nehmen kann. Das war ein guter Anstoss von der FDP. Der Änderung von Ziff. I stimmt die G/JG-Fraktion ebenfalls zu. Das macht aus unserer Optik auch Sinn. Entgegen von allen anderen unterstützt die G/JG-Fraktion die Protokollbemerkung der SP. Wir finden es sinnvoll, dass weitere Infrastrukturanlagen realisiert werden, wie es der Stadtrat dannzumal vorgeschlagen hat. So kann man für eine bessere Aufenthaltsqualität sorgen und der Landschaftspark kann genutzt werden, wie man sich das eigentlich vorstellt.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion tritt auf den vorliegenden B+A ein und wird ihm zustimmen. Wir begrüssen auch die Streichung der Beschränkung auf maximal 2,5 Mio. Franken, gemäss StB 243. Die Protokollbemerkung der SP/JUSO-Fraktion, sofern sie nochmals gestellt wird, werden wir nicht unterstützen.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Der Stadtrat freut sich über die Unterstützung. Es war wirklich eine gute Idee, die von der FDP eingebracht wurde. Das ist wahrscheinlich der Verwendungszweck für die REAL-Überliquiditätsgelder, der rechtlich wirklich hundertprozentig unbestritten ist. Es gibt ja andere Bereiche, wo es keine Präjudizfälle gibt, wo man weiterdiskutieren kann und weiterdiskutieren muss. Der Sprechende möchte darauf hinweisen, dass die Chance sehr gering ist, dass der Kostendeckel von 2,5 Mio. Franken, welcher jetzt vom Parlament nicht gewünscht wird, überschritten wird. Die Deponie wird nicht ausgepackt, sie wird überdeckt. Daher sind die Kosten ziemlich klar zu erwarten. Es hängt vielleicht davon ab, wo die nächstgelegene Baustelle ist, aus der man das Material beziehen kann. Da spielen die Transportkosten eine Rolle. Auch kommt es darauf an, ob der Kanton den Beitrag, den er in der Regel an Sanierungen von Altlasten bei Siedlungsabfällen zahlt, oder nicht. Das sind die noch etwas unbekannten Faktoren. Deshalb sind wir froh über die Lösung, dass man den Nettokostenanteil aus der Spezialfinanzierung nehmen kann. Der Sprechende dankt dem Parlament für die Unterstützung.

Ratspräsident Thomas Gmür stellt fest, dass der Rat auf den B+A 2/2014 eingetreten ist.

DETAIL

Kapitel 3 Übersicht Finanzen und Folgekosten - Seite 8

Marcel Budmiger: Die SP/JUSO-Fraktion möchte gerne ihre Protokollbemerkung einbringen:

Maximal ein Zehntel, der durch die Entnahme aus der Spezialfinanzierung frei gewordenen städtischen Mittel für das Gestaltungskonzept Friedental soll für die im Rahmen der Beratung der Familienstrategie gestrichenen Elemente für Kinder und Familien (Naturerlebnisspielfläche, Feuerstellen, Spielwiese) verwendet werden.

Während der Debatte zur Familiengartenstrategie war der vom Stadtrat vorgeschlagene Landschaftspark vor allem aus finanzpolitischer Warte in der Kritik. Die Stadt gibt ja jetzt weniger Geld aus. Aber man kann nicht die Gelder von REAL verwenden für die Infrastrukturen, welche den Familien zugutekommen wären, aber die jetzt freigewordenen Gelder. Wir möchten nun, dass maximal ein Zehntel des freigewordenen Geldes für Naturwege, Spielflächen, Feuerstellen und Spielwiese eingesetzt würden. Auf Beschilderungen und ähnliches, welches auch weggestrichen wurde, könnte weiterhin verzichtet werden. Wir sparen so immer noch gegenüber der ursprünglichen Variante des Stadtrates, und das würde auch in der Kompetenz des Stadtrates liegen, diese Sachen zu erstellen.

So haben wir trotz Sparen einen kinderfreundlichen Landschaftspark in einem idealen Familienquartier. Im Gegensatz zu anderen, sind uns Familien eben doch wichtig.

Kommissionspräsident Reto Kessler: Die Protokollbemerkung wurde in der Baukommission gestellt und wurde mit 3 : 5, bei einer Enthaltung abgelehnt.

Joseph Schärli: Was jetzt mit einer Protokollbemerkung vorgeschlagen wird, widerspricht ganz klar dem, was mit diesen Geldern passieren soll. Das wäre eine Zweckentfremdung und diese kann das Parlament nicht einfach vollziehen. Es ist eine gebundene Sache. Wir können nicht hier noch etwas Geld geben und dort noch etwas Geld geben. Wie jetzt im Antrag festgehalten ist, ist das Geld für Sanierungen dieser Anlagen zu verwenden, aber nicht für Parks und andere zusätzlichen Sachen. Das ist nicht statthaft. Darum bittet der Sprechende das Parlament, diese Protokollbemerkung abzulehnen.

In der Abstimmung lehnt der Rat die Protokollbemerkung mit 18 : 23 Stimmen ab.

Kapitel 4 Antrag - Seite 9

Kommissionspräsident Reto Kessler: Die Baukommission stellt folgenden Antrag auf Anpassung von Ziffer I:

- | |
|---|
| I. Die Finanzierung des städtischen Nettoanteils der anrechenbaren Sanierungskosten der Altlastensanierung der ehemaligen städtischen Kehrrichtdeponie im Friedental erfolgt durch eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung. Es handelt sich dabei um einen Teil des mit B+A 32/2012 vom Grossen Stadtrat am 28. Februar 2013 bewilligten Kredits von brutto 6,44 Mio. Franken für die Umsetzung des altlastentechnischen Sanierungsprojekts bzw. des Freiraum- und Gestaltungskonzepts Friedental („Landschaftspark Friedental“) und der Sanierungsmassnahmen im Bereich des Areals Allmend. |
|---|

In der Abstimmung genehmigt der Rat den Antrag der Baukommission mit 42 : 0 : 0 Stimmen.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 2 vom 12. Februar 2014 betreffend

Sanierung der ehemaligen Deponie im Friedental

Entnahme aus der Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung,

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 61 Abs. 1, Art. 68 lit. b Ziff. 1 und Art. 69 lit. a Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Die Finanzierung **des städtischen Nettoanteils** ~~eines Anteils von höchstens 2,5 Mio. Franken vom städtischen Nettoanteil~~ der anrechenbaren Sanierungskosten der Altlastensanierung der ehemaligen städtischen Kehrrichtdeponie im Friedental erfolgt durch eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung. Es handelt sich dabei um einen Teil des mit B+A 32/2012 vom Grossen Stadtrat am 28. Februar 2013 bewilligten Kredits von brutto 6,44 Mio. Franken für die Umsetzung des altlastentechnischen Sanierungsprojekts bzw. des Freiraum- und Gestaltungskonzepts Friedental („Landschaftspark Friedental“) und der Sanierungsmassnahmen im Bereich des Areals Allmend.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**7. Postulat 107, Nico van der Heiden und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp namens der GLP-Fraktion, vom 6. August 2013:
Eine grüne Welle für Velofahrende**

Ratspräsident Thomas Gmür: Der Stadtrat beantragt teilweise Entgegennahme.

Nico van der Heiden ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Urs Zimmermann: Es ist nicht nur ein Angriff gegen den MIV, sondern auch gegen den ÖV und gegen die Fussgänger, welche bei der Umsetzung dieser Forderung schlechtere Ampelbeziehungen erhalten würden. Wie soll denn die durchschnittliche Geschwindigkeit für die Velofahrenden berechnet werden, um dann auch die grüne Welle festzulegen? Nico van der Heiden fährt vielleicht schneller Velo als der Sprechende, oder auch umgekehrt. Wie auch der Stellungnahme entnommen werden kann, eignet sich die Stadt Luzern nicht wirklich dafür, respektive das Potenzial ist sehr klein. Gelder für eine Prüfung zu generieren, ist aus finanzieller Sicht sicher nicht sinnvoll. Die SVP-Fraktion lehnt aus diesem Grund die Überweisung des Postulates ganz ab.

Eine kleine Klammerbemerkung: Wie man weiss, werden an den SVP-Mitgliederversammlungen jeweils drei Vorstösse ausgewählt. Dann wird über den Preis „Die faule Birne“ abgestimmt. Der Sprechende gratuliert Nico van der Heiden; er hat gestern Abend diesen sehr renommierten Preis gewonnen. Obwohl dieser Preis nach Meinung des Sprechenden eigentlich an den Stadtrat gehen sollte, der ein solches Postulat sogar noch unterstützt.

Reto Kessler: „Eine grüne Welle für Velofahrende“. Das ist sehr einseitig betrachtet und das kann die FDP ganz und gar nicht teilen. Vielmehr steckt hier ein bisschen flächendeckende Tempo-30-Umsetzung – oder in einem nächsten Schritt Tempo 20 dahinter. Die FDP fordert eine gesamtheitliche Betrachtung der Verkehrsanliegen für alle Verkehrsteilnehmenden. Sollte das dennoch umgesetzt werden, freut sich der Sprechende schon heute, wenn die schneller fahrenden Velofahrer beim Rotlicht auch endlich einmal anhalten müssen und er als gemüthlicher Sonntagsradler durchfahren kann bei freier Fahrt am Grünlicht. Die FDP-Fraktion will Fairness in der Betrachtung und optimale Lösungen für jeglichen Verkehr, damit dieser flüssig rollen kann. Darum lehnt auch die FDP das Postulat entschieden ab.

Myriam Barsuglia: Ein flüssiger Verkehr ist nicht nur für den ÖV und beim MIV wichtig. Auch Velofahrende wollen zügig in der Stadt vorwärtskommen. Neben grünen Wellen für Velofahrende ist dazu ein weiterer Ausbau der Velorouten auf den Haupt- wie Nebenachsen erforderlich. Die GLP-Fraktion freut sich, dass sich der Stadtrat bereit erklärt, entsprechende Massnahmen zur Förderung des Veloverkehrs zu prüfen und umzusetzen. Und wie die Erfahrungen aus Holland und Dänemark zeigen, trägt eine Förderung des Veloverkehrs letztendlich auch zur Entlastung der Strassen und zu einem optimaleren Verkehrsfluss bei, was wiederum dem ÖV und dem MIV zugutekommt. Die Erreichbarkeit der Stadt wird dadurch insgesamt erhöht und nicht etwa einseitig, wie das gewisse Fraktionen hier im Saal sehen. Eine insgesamt höhere Erreichbarkeit ist letztendlich auch im wirtschaftlichen Interesse. Darum ist das vorliegende Postulat nicht nur grün, sondern auch liberal, und deshalb unterstützt die GLP-Fraktion das Postulat und die teilweise Entgegennahme.

Markus Mächler: Die CVP empfindet dieses Postulat überhaupt nicht als Angriff, wie das die SVP formuliert hat. Das Vokabular und die Forderungen, die da gewählt und verwendet wurden, sind sehr vernünftig und anständig. Von Angriff sieht der Sprechende hier überhaupt keine Spur. Auf der anderen Seite aber zeigt die Antwort des Stadtrates deutlich auf, warum die Forderung des Postulates kaum umsetzbar sein wird. Es werden alle Gründe aufgezählt, dass es eigentlich überhaupt nicht geht. Und trotzdem wird die CVP das Postulat nicht ablehnen. Für uns gilt die Überweisung als Signal, als Signal für den Langsamverkehr. Wer weiss, vielleicht findet der Stadtrat ja trotzdem irgendwo noch eine kleine Möglichkeit, diese Lichtsignalanlagen zu optimieren. Und dem würden wir uns dann überhaupt nicht widersetzen.

Christian Hochstrasser: Die Grünen und Jungen Grünen unterstützen die teilweise Überweisung des Postulates. Aus eigener Erfahrung – zum Glück in anderen Städten vor allem – ist es so, dass man sehr viele Lichtsignal- oder Ampelbeziehungen hat und diese auch intensiv geführt werden. Wenn man an jeder dieser Ampeln eine halbe, bis eine ganze Minute steht, ist das für den Autofahrer, für den Bus, aber auch für den Velofahrer sehr zeitintensiv. Durch den engen Raum, den wir in der Innenstadt haben, ist es wichtig, dass man versucht, diese Leute möglichst flüssig

durchzubringen, welche den Platz auch effizient nutzen – und das sind die Velofahrer. Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass das Potenzial beschränkt ist. Erstens weil die Stadt Luzern, verglichen mit anderen Städten, zum Glück nicht übermässig viele Lichtsignale hat. Es ist so, dass natürlich gewisse Zielkonflikte bestehen, insbesondere auch mit dem ÖV. Trotzdem denken wir, es ist wichtig, dass man das an den entscheidenden Punkten aufgreift und die Lichtsignalsteuerungen überprüft und als mögliches Kriterium einbezieht. Selbstverständlich auf gewissen Achsen sicher nicht als Einziges.

Nico van der Heiden dankt dem Stadtrat und der Mehrheit des Grossen Stadtrates für die positive Aufnahme des Vorschlages der Postulantinnen und Postulanten. Und dem Stadtrat auch für seine Überlegungen zu diesem Vorschlag.

Ganz am Schluss schreibt er ja, die Wirkung dieser Massnahme sei gering. Das ist sicher richtig. Aber im Bereich der Veloförderung ist die Wirkung von jeder Massnahme relativ gering, aber in der Summe von ganz vielen kleinen Massnahmen gibt es denn eben doch eine velofreundliche Stadt. Und dass in diesem Bereich noch Luft nach oben ist, das wissen wir. Deshalb war der Sprechende schon etwas enttäuscht, dass der Velopumpen-Vorstoss im letzten Jahr den Preis der SVP nicht bekommen hat. Er ist aber sehr froh, dass er dieses Manko jetzt ausbessern konnte. Es macht eben Sinn, dass man die grünen Wellen prüft. Und eigentlich ist die Antwort des Stadtrates ja bereits eine Analyse, wo es Sinn macht, und wo nicht. Der Sprechende ist mit dieser Analyse grundsätzlich einverstanden. Es macht nur dort Sinn, wo Velos auf den Hauptverkehrsachsen fahren müssen, wo es keine Umfahrungsmöglichkeiten gibt, und wo der ÖV durch diese Massnahme nicht behindert wird. Dass damit dann am Schluss nicht mehr allzu viel übrig bleibt, ist klar gewesen – auch bei der Einreichung dieses Vorstosses.

Wenn jetzt der Stadtrat Nico van der Heiden zuliebe die Achse Bahnhof–Löwenplatz bis zum Schlossberg ausgedehnt hätte – wenn das im subjektiven Wahrnehmen des Sprechenden ein Problem wäre –, dann wäre er vollumfänglich zufrieden gewesen mit der Antwort. Dann würde er auch behaupten, dass dann wirklich sehr viele Velofahrende auf dieser Achse profitieren würden, weil es genau eine ist, die man nicht umfahren kann. Wenn es an einer Kreuzung fünf Sekunden später rot wird – so möchte der Sprechende behaupten –, wird deswegen der Autoverkehr in der Stadt Luzern nicht zusammenbrechen. Er möchte sogar mit Urs Zimmermann ein grosses Bier darauf wetten, dass er in der Stadt Zürich den Unterschied zwischen einer auf grüner Welle geschalteten Strasse und einer auf nicht grüner Welle geschalteten Strasse nicht erkennen würde. Die Behauptung, dass man mit diesem Vorstoss den Automobilisten schikaniert, ist etwas absurd. Der MIV wird ebenfalls flüssiger fließen. Der Sprechende weiss, dass es frustrierend sein kann. Man ist in der Innenstadt nicht schneller unterwegs mit dem Auto, als mit dem Velo. Dass das nicht zur Freude von allen ist, kann der Sprechende verstehen. Leider ist das so – wenn es nicht in der Nacht um zwei Uhr ist –, der Automobilist ist halt auch mit rund 20 Stundenkilometern unterwegs, so wie die langsameren Velofahrer unter uns auch. Die entsprechenden Wutausbrüche, wenn Nico van der Heiden mit dem Velo einen Autofahrer quer durch die Stadt verfolgt, und ihn dann ganz am Schluss gar noch abhängt, erlebt er relativ oft. Wenn man die Situation ein bisschen gelassener anschauen würde, dann würde man merken, dass der Verkehr für alle flüssiger rollt mit einer grünen Welle. Der Sprechende dankt dem Parlament für die Unterstützung des Postulates.

Joseph Schärli bittet die Anwesenden, das Postulat dringend abzulehnen. Es ist eine Legalisierung von dem, was heute bereits immer wieder passiert. Ein Teil der Velofahrer, und das ist ein grosser Teil, fährt einfach durch bei Rot. Man fährt auf das Trottoir, man fährt irgendwie über die Strasse und gibt keine Handzeichen. Sie fahren in der Nacht ohne Licht – und hier sollte man noch Bevorzugungen geben? Dann schreibt man sogar noch vor, es solle auf Tempo 20 ausgerichtet sein. Die E-Bikes fahren heute den Autos in den 30er-Zonen davon. Aber diesen passiert nichts. Wenn aber ein Autofahrer die 30er-Zone befährt und ein paar Kilometer schneller ist, bekommt er eine Busse. Hört auf mit solchen Sachen, dass man immer sagt: Luzern ist nur noch eine Velostadt! Alles nur noch für die Velos. Den Individualverkehr kann man auf der Seite lassen. Der Sprechende ist der Meinung, dass man in diesem Parlament in letzter Zeit sehr viel für die Velofahrer getan hat. Es wäre gut, wenn sich die Velofahrer auch an die entsprechenden Gesetze und Vorschriften halten würden. Hiermit gibt man den Velofahrern einfach einen Freipass. Die Velofahrer können durchfahren und der Automobilist muss anhalten. Am Schluss geht es so weit, dass der Automobilist sagt: Wenn der Velofahrer durchgeht, gehe ich auch durch! Joseph Schärli bittet nochmals, das Postulat abzulehnen.

UVS-Direktor Adrian Borgula denkt, dass das Parlament in der nächsten Session noch ausgiebig über Grundsätze der Verkehrspolitik debattieren wird, wenn die Mobilitätsstrategie zur Diskussion ansteht. In der Stellungnahme zum Postulat hat der Stadtrat aufgezeigt, dass er das Potenzial – nicht aber die Wirkung – dieser Massnahme für gering hält. Und zwar wegen der Topografie. Die Zürichstrasse bis zum Schlossberg ist bergwärts relativ langsam, abwärts sind die Velofahrer mindestens so schnell wie der Autoverkehr. Gering ist das Potenzial auch wegen der vielen Knoten, mit den vielen Beziehungen, die man berücksichtigen muss. Auch wegen der ÖV-Förderung, welche man nicht opfern will zugunsten des Veloverkehrs. Auf der linken Stadtseite, auf der Hirschmatt-Seite, setzt man darauf, dass man primär nicht auf der Hauptachse verkehrt. Die Pilatusstrasse ist also nicht eine geeignete Veloachse. Da muss man wirklich schauen, die Achse Bahnhofstrasse und die Achse Zentralstrasse gut auszubilden.

Massnahmen zugunsten des Veloverkehrs nützen selbstverständlich dem Gesamtverkehrssystem. Das Velo braucht halt weniger Platz, es ist ruhiger, es ist auch weniger gefährdend. Insofern profitiert natürlich auch der motorisierte Individualverkehr, den man ja nicht verdrängen möchte, sondern auf dem Plafond von 2010 halten will. Das wird dann zur Mobilitätsstrategie diskutiert werden.

Wie die Lichtsignale zu optimieren sind – das ist auch ein Grund, weshalb der Stadtrat für eine teilweise Entgegennahme ist –, wird im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts angeschaut. Die Schwachstellen wurden analysiert. Schwachstellen sind vor allem auch die langen Wartezeiten für Fussgängerinnen und Fussgänger. Das hat aber seinen Preis: Wenn man das zugunsten der Fussgängerinnen und Fussgänger verändert, kann das negative Auswirkungen haben für den öffentlichen Verkehr, oder auch für den Autoverkehr. Das muss sorgfältig austariert werden. Es wird aber sicher in die Überlegungen einbezogen, dass eine grüne Welle für Velofahrende auf den bezeichneten Achsen zu prüfen sind.

Im Gegensatz zu den Aussagen von Joseph Schärli könnte Adrian Borgula nie sagen, dass ein grosser Teil der Velofahrer sich nicht korrekt verhält. Es gibt selbstverständlich Velofahrer, die sich nicht korrekt verhalten – aber ein grosser Teil ist das nicht.

Luzia Vetterli möchte sich wehren gegen die immer gleichen Anschuldigungen von Joseph Schärli, dass sämtliche, oder ein Grossteil der Velofahrer falsch fahren. Das ist einfach nicht korrekt und wir befürworten das auch in keiner Weise. Natürlich wollen wir auch, dass die Velofahrer möglichst korrekt fahren. Genauso wie wir auch wollen, dass die Autofahrer möglichst korrekt fahren. Das erwähnt die Sprechende, nachdem sie heute Morgen wieder fast von einem Auto überfahren worden wäre, das ihr den Rechtsvortritt genommen hat. Was aber illegale Velofahrer mit der grünen Welle zu tun haben, versteht sie beim besten Willen nicht. Es geht nicht darum, dass man den Velofahrern ermöglichen soll, bei Rot durchzufahren, sondern vielmehr die grünen Lichter entsprechend anzupassen. Daher ist die Polemik, welche immer wieder kommt, sobald das Wort Velofahrer in diesem Ratssaal geäussert wird, für Luzia Vetterli ehrlich gesagt, ermüdend. Sie bittet Joseph Schärli, das vielleicht einmal etwas zurückhaltender anzuwenden.

Joseph Schärli möchte nur noch einen Satz dazu sagen: Er hat selber Kontrollen gemacht, beim Bahnhof und an der Zürichstrasse. Von den Velofahrern, die dort beispielsweise Licht hatten am Abend, waren es zwei. Die anderen zehn sind ohne Licht durchgefahren. Dann heisst es, in der Stadt Luzern sei die Unfallquote dermassen hoch. Die Unfallquote kommt auch deswegen, weil sich die Velofahrer nicht an diese Vorschriften halten. Am Bundesplatz hat der Sprechende selber gesehen, dass dort keiner ein Handzeichen gibt, wenn er im Kreisel ist, sodass man weiss, wohin er gehen will. Das sind die Unfallrisiken, welche dadurch entstehen, ob man es wahrhaben will oder nicht! Und sonst würde Joseph Schärli mit der GPK-Präsidentin gerne drei Abende lang eine solche Verkehrskontrolle durchführen.

Ratspräsident Thomas Gmür: Der Postulant ist mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden. Von der SVP gibt es einen Antrag auf Ablehnung des Postulates.

Der Rat stimmt der teilweisen Überweisung des Postulates 107 zu.

**8. Interpellation 96, Reto Kessler namens der FDP-Fraktion und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 1. Juli 2013:
Fairer Wettbewerb bei Planerleistungen**

Reto Kessler wünscht eine kurze Erklärung. Die Interpellanten bedanken sich beim Stadtrat für die ausführliche Antwort auf die Interpellation im Namen der FDP- und CVP-Fraktion. Wir sind froh, dass der Stadtrat die Kritik mit uns teilt und einen fairen Wettbewerb in jeder Angelegenheit will. Gut finden wir auch, dass der Stadtrat die Konsequenzen gezogen hat und sich Frau Friederike Pfromm aus dem Preisgericht zurückgezogen hat. Der Stadtrat hat seine Lehren daraus gezogen und wird in Zukunft darauf achten, dass die Prüfung von Programmen durch die Kommission für Wettbewerbe und Studienaufträge (SIA 142/143) vorgenommen wird. Besten Dank dem Stadtrat für die Antwort und für die zukunftsgerichteten Lösungsansätze. Zum Schluss: Anstoss zu diesem Vorstoss war ja ein konkretes Projekt. Vielleicht kann der Stadtrat hier noch ergänzende Angaben zum Projekt machen, von dem in der Zeitung kürzlich ein Bild darüber erschienen ist.

**9. Motion 114, René Peter und Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion,
vom 29. August 2013:
Überdeckung des Luzerner Bahnhofareals mit einem Bus-Hub**

Ratspräsident Thomas Gmür: Der Stadtrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Peter With: Die SVP will die Motion 114 tatsächlich ablehnen. Der Stadtrat hat es eigentlich schon ausgeführt. Es wurden im Zusammenhang mit dem Tiefbahnhof schon Abklärungen gemacht. Das ganze Areal kann man jetzt vorgängig – bevor das Projekt Tiefbahnhof klare Formen angenommen hat, respektive auch umgesetzt wird –, sicher nicht machen. Also muss man das gesamtheitlich dann betrachten, wenn der Tiefbahnhof auch effektiv irgendeinmal zur Ausführung käme. Man hat jetzt gelesen, dass es definitiv einen Durchgangs-Tiefbahnhof geben wird. Da fragen wir uns erst recht. Nicht zuletzt fehlt ja das Geld beim Bund, und ob dieses dann kommt, fragt sich. Das Geld fehlt aber auch beim Kanton, der sich wahrscheinlich jetzt auch an dieser Überdeckung beteiligen müsste. Und natürlich auch bei der Stadt Luzern. Dass man in dieser Situation jetzt noch einen Haufen Geld für Planungsleistungen ausgeben will oder Evaluierungen vornehmen will, sieht die SVP nicht. Das ist, wie der Stadtrat ausgeführt hat, effektiv ein teures Luxusprojekt, das auch verschiedene andere Fragen aufwirft. Wenn nämlich so viel Geld investiert wird, stellt sich die Frage, ob man effektiv nur den Bus-Hub umplatziert wolle, oder ob man nicht gerade eine Steigerung machen möchte. Wenn man schon mehr Geld zahlt, dass man auch mehr Busse hätte und dass man mehr fahren könnte. Doch generiert das dann auch wieder Mehrverkehr in einem Zentrum, wo er einfach nicht mehr tragbar ist. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion die Motion ab.

András Özvegyi kann sich im Grundsatz den Worten von Peter With anschliessen. Aus Sicht der GLP hat die Motion auch in sich diverse Denkfehler. Der Sprechende hat zehn Punkte aufgelistet, er möchte aber nicht auf alle eingehen: Die Betonplatte in der Luft ist einfach am falschen Ort, denn wenn man in Zukunft einen Tiefbahnhof hat, muss man gar nicht mehr oben in der Luft sein, sondern dann ist es besser, wenn die Busse auch ebenerdig anfahren können. Die Untersuchungen wurden ja schon gemacht. Falls die Motion als Postulat überwiesen werden sollte, würde die GLP den Antrag stellen, das Postulat gleichzeitig abzuschreiben.

Nico van der Heiden: Wir haben es uns nicht leicht gemacht bei der Beurteilung dieser Motion, respektive dem Postulat. Als Motion hätten wir es klar abgelehnt. Hier Ressourcen für einen B+A oder Planerleistungen einzusetzen, sehen wir gleich wie Peter With. Das wäre unverhältnismässig. Der Kanton hat die Prüfung eigentlich bereits vorgenommen. Wie soll man jetzt aber mit dem Postulat umgehen?

Einerseits sind ja auch wir diejenigen, welche immer wieder verkehrspolitische Ideen lancieren, die vielleicht etwas utopisch daherkommen. Dann sind wir auch froh, wenn man diese als Postulate überweist. Und da ist auch die bürgerliche Seite in der Vergangenheit manchmal grosszügig gewesen, im Sinne von „man will keine Denkverbote“. Und auch bei diesem Projekt würden wir uns auf diese Grundhaltung stellen: Wir wollen grundsätzlich keine Denkverbote.

Andererseits behagt uns die Idee an und für sich nicht wahnsinnig. Wir sehen die Rampen, die von der Pilatusstrasse ansteigen, nicht. Wir sehen auch nicht, dass alle Busse über die Frohburg-Rampe fahren müssten, um zu kehren. Wir sehen sehr hohe Kosten bei diesem Projekt und einen

relativ geringen Nutzen. Und wir sehen auch, dass der Kanton die Idee bereits geprüft hat und mit relativ guten Gründen verwirft. Darum wird sich die SP/JUSO-Fraktion beim Postulat enthalten. Wir wollen diesem Projekt als Idee nicht im Wege stehen, aber ehrlicherweise als Projekt sehen wir es eigentlich nicht wirklich.

Noëlle Bucher: Wie der Stadtrat in seiner Stellungnahme aufzeigt, ist eine Überdeckung der Gleisanlagen für einen Busbahnhof nicht zweckmässig. Das hat auch das Teilprojekt Verkehr und Umfeld ergeben. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen ist der Meinung, dass ein solcher Bus-Hub über den Gleisen nicht zu einer Entlastung des Bahnhofplatzes führt. Er würde auch mit einer solchen Überdeckung weiter überbenutzt. Irgendwie müssen die Busse dort hinauf kommen und wieder herunter fahren können. Der G/JG-Fraktion scheint es zweckmässiger, vermehrt Busrouten zu installieren, die nicht über den Bahnhof beziehungsweise durch die Innenstadt führen. Aber das geht jetzt schon zu weit. Es ist die Aufgabe des Stadtrates, das jetzt zu prüfen. Die Grünen und Jungen Grünen sind generell der Meinung, dass in unserer Stadt, gerade bei Verkehrsfragen, langfristig geplant werden muss. Und wie die SP/JUSO-Fraktion vorher sagte, sollen wir kein Denkverbot auferlegen. Das wollen auch wir nicht, und deshalb stimmen wir der Entgegennahme der Motion als Postulat zu, wie es auch schon im Kantonsrat gemacht wurde. Wir begrüssen es, wenn die Stadt zusammen mit dem Kanton im Rahmen der weiteren Planung des Bahnhofareals mögliche Entschärfungen der Verkehrssituation prüft.

Markus Mächler: Die Fraktion der CVP hätte die Motion als Motion nicht unterstützen können. Die Antworten des Stadtrates sind für uns einleuchtend und sie sind konsequent. Die Hauptforderung der Motionäre, einen Bericht zu schreiben, ist nämlich mit der vorliegenden Antwort bereits sehr gut erfüllt. Im Übrigen kommt das Thema immer wieder auf die politische Agenda – der Sprechende persönlich hört diese Forderung nun schon zum dritten Mal. Und jedes Mal sind es letztlich die gleichen Gründe, die diese an sich gute Idee nicht umsetzungsfähig machen. Sicher ist der Platz über den Bahnhofgleisen aus Sicht des Städtebaus wertvoll, er ist schlecht genutzt, und im Zeitalter der inneren Verdichtung schon fast „verschleudert“. Das führt für uns dann aber zu ganz anderen Schlüssen. Wenn schon überbauen, dann meinen wir, müsste das sein mit Baukörpern zum Wohnen und Arbeiten, eventuell auch zum Einkaufen, oder für die Freizeit. Aber solche Ideen sind heute noch unbezahlbar, genauso wie eben eine Plattform für Bushaltestellen – aber diese Ideen würden dann wenigstens einen wertvollen städtischen Raum optimal nutzen. Mit der Überweisung als Postulat können wir selbstverständlich einverstanden sein. Da geht es ja vorwiegend darum, dass zusammen mit dem Kanton und dem VVL alle zukunftssträchtigen Lösungsvarianten für die Verknüpfung von Linienbussen und der Bahn offen und möglich gehalten bleiben.

René Peter: Die Idee Überdeckung von Bahngleisen ist nichts Neues. In Chur besteht das eins zu eins und man kann es auch anschauen. Ein ähnliches Postulat ist im Kantonsrat zur Abklärung überwiesen worden. Das heisst, der Kanton hat das Postulat entgegengenommen. Es ist nicht – wie gesagt wurde – niedergeschmettert worden. Es ist eine Prüfung, eine Abklärung, aber noch keine Realisierung. Auf der anderen Seite könnte sich die FDP auch vorstellen, was Markus Mächler gesagt hat, dass man nicht nur Busse hinstellt. Dass man den Platz noch mehr nutzt und die Ressourcen Boden, die man heute knapp hat, auf eine Art und Weise nützen würde. Das alleine kann nicht der Kanton machen, auch die SBB können das nicht alleine machen. Es braucht alle,

es braucht die Stadt. Wenn schon der Kanton einmal Hand bietet, einmal mit der Stadt etwas zu machen – immer wird gejammert, der Kanton gebe immer alles vor. Dann packen wir doch die Chance, machen wir es miteinander und prüfen das noch einmal! Schlussendlich gibt es ein Resultat. Dann kann man nach langen Diskussionen, die scheinbar immer wieder stattfinden, einmal einen Strich darunter machen.

András Özvegyi möchte zwei Sachen erwähnen, die er jetzt gehört hat: Der Vergleich mit Chur ist gut und recht. Aber in Chur ist die Platte am Ende der Geleise, oder man hat sie so bauen können, dass nicht der Zugverkehr darunter ist. Hier müsste man aber Regionalzüge während des Bauens streichen. Welche Züge sollte man dann während zwei, drei Jahren weglassen? Das ist schlicht und einfach nicht ganz vergleichbar. Zur ganzen Argumentation, dass der Kantonsrat ein solches Postulat überwiesen hat: Da ist die Stadt als Standortgemeinde sowieso dabei, ob nun das Postulat überwiesen wird oder nicht. Es ist logisch, dass das der Kanton nicht alleine macht, das macht er mit den anderen Partnern. Und zu guter Letzt können wir ja in der Antwort lesen – wir haben sogar noch ein Bild dazu bekommen –, dass es schon untersucht worden ist. Deshalb sieht der Sprechende nicht ein, dass man das als Postulat nochmals prüfen sollte.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Das Variantenstudium im Zusammenhang mit dem Durchgangs-Tiefbahnhof ist tatsächlich bereits gemacht. Der Stadtrat sieht im Moment die Lösung der Überdeckung nicht. Es ist eine sehr teure Lösung. Entweder müsste man die Rampe Froburg nutzen und den ganzen Busverkehr vorne wieder über den Bahnhofplatz führen. Das wäre allerdings nicht zielführend. Andere Rampen – ab der Zentralstrasse, ab der Frankenstrasse, oder von der Langensandbrücke her – wären sehr lang und würden erfordern, dass der Busverkehr zum Beispiel wieder via Bundesplatz in die Zentralstrasse geführt würde. Der Stadtrat sieht eigentlich für diese Idee keine Perspektiven. Die Umwandlung der Motion in ein Postulat ist vor allem dadurch motiviert, dass der Kantonsrat den entsprechenden Vorstoss als Postulat überwiesen hat. In diesem Postulat wird auch die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton gefordert. Diese Aufgabe wird sicher geprüft bei der Detailplanung des Durchgangs-Tiefbahnhofs. Deshalb ist der Stadtrat bereit, das Postulat so entgegenzunehmen. Auch weil der Kantonsrat das Postulat überwiesen hat und die Regierung anhält, eng mit der Stadt zusammenzuarbeiten. In diesem Sinn kann der Sprechende versichern, dass kein Geld für Planungsleistungen investiert wird für die Überdeckung. Im Moment ist im Bahnhofareal die Weiterentwicklung des Rössli-matt-Areals wichtig, und daran wird auch gearbeitet.

Genannt wurde auch, das Postulat soll überwiesen werden, damit es „kein Denkverbot“ gebe. Dazu kann gesagt sein, dass der Stadtrat auch ohne parlamentarische Vorstösse denkt. Der Sprechende bittet, die Motion als Postulat zu überweisen, damit die Stadt mit dem Kanton dann eng zusammenarbeiten kann, wenn der Kanton dieses Projekt angeht.

Ratspräsident Thomas Gmür: Von der SVP liegt der Antrag auf Ablehnung vor.

In der Abstimmung überweist der Rat die Motion 114 als Postulat.

Ratspräsident Thomas Gmür: Die GLP beantragt gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Der Rat stimmt dem Antrag der GLP auf Abschreibung des Postulates zu.

**10. Postulat 133, Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion,
vom 12. November 2013:
Öffnungszeiten Sammelstellen mit Niederflursystemen**

Ratspräsident Thomas Gmür: Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Laurin Murer: Die G/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort, sie ist aber nicht damit einverstanden. Der Stadtrat begründet seine Ablehnung damit, dass eine Liberalisierung der Öffnungszeiten viel Mehrverkehr bringen wird und dieser dann die Anwohner belastet. Natürlich wollen auch wir keine Lärmbelastung für die Anwohner, wir schätzen aber die Situation anders ein. Momentan gibt es zwei Sammelstellen, eine auf der Allmend, eine beim Vögeligärtli. Bei der Sammelstelle auf der Allmend gibt es eigentlich gar keine Wohnanstösser, daher würde das auch niemanden stören. Beim Vögeligärtli könnte es durchaus sein. Aber es wird wohl kaum jemand aus Littau oder aus dem Würzenbach am Abend um zehn Uhr auf die Idee kommen, sein Altglas zu entsorgen. Er nimmt sein Auto, dreht laute Musik auf – wie es der Stadtrat hier beschrieben hat – und fährt ins Vögeligärtli, um sein Altglas zu entsorgen. Nein, man wird auch weiterhin sein Altglas im Quartier entsorgen. Ausserdem werden voraussichtlich immer mehr Niederflursammelstellen installiert. Dann wird auch das Problem der dezentralen Entsorgung so oder so immer unwahrscheinlicher. Für den Sprechenden persönlich – wahrscheinlich auch für viele weitere Luzernerinnen und Luzerner – würde es super praktisch werden, wenn man Altglas auch später noch entsorgen dürfte. Wenn er an einem Sonntag endlich einmal dazukommt, das Altglas zu entsorgen, es dann aber nicht darf, steht es halt wieder eine Zeit lang zu Hause herum. Oder, was er nie machen würde – und man aber immer wieder beobachten kann –, man wirft es trotzdem ein. Die unnötige Kriminalisierung der Bevölkerung macht keinen Sinn, deshalb wollen wir eine Liberalisierung. Eine Liberalisierung, welche eigentlich niemandem schadet.

Judith Dörflinger Muff: Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion sind Vorhaben, welche die fachgerechte Entsorgung von recycelbaren Abfällen fördern, grundsätzlich unterstützungswürdig. Beim vorliegenden Vorstoss fällt es uns aber schwer, den Mehrwert der geforderten Massnahme wirklich zu erkennen. Mit den aktuell gültigen Öffnungszeiten, von Montag bis Samstag, von 7 bis 20 Uhr, also 6 Tage in der Woche, liegt eine relativ grosszügige Regelung vor. Dies gilt insbesondere darum, weil wir finden, dass Abfallentsorgung eigentlich planbar ist.

Wir erachten es auch nicht als notwendig, dass man morgens um 4 Uhr, oder nachts um 11 Uhr auch noch Flaschen entsorgen kann. Wir sind überzeugt, dass das keinem weit verbreiteten Bedürfnis entspricht. Eine solche Ausweitung beinhaltet zudem immer die Gefahr einer zusätzlichen Störung der Nacht- und Sonntagsruhe. Darauf verweist auch der Stadtrat in seiner Antwort. Weil für uns der Gefahr einer zusätzlichen Belastung der Quartiere durch längere Öffnungszeiten kein echter Mehrwert gegenübersteht, unterstützen wir die Haltung des Stadtrates und lehnen das Postulat ab.

András Özvegyi: Die Grünliberale Fraktion steht hinter der Antwort des Stadtrates. Wir finden das Anliegen nicht sehr bedeutend und wir finden auch, dass 6 Tage, von 7 bis 20 Uhr –wie im Postulat geschrieben ist – nicht „sehr beschränkte“ Zeiten sind. Die GLP-Fraktion ist deshalb gleicher Meinung wie der Stadtrat und lehnt das Postulat ab.

Reto Derungs: Auch die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die schlüssige Antwort. Wir sehen das Bedürfnis ebenfalls nicht und sind nicht bereit, hier zusätzlichen Lärm entgegenzunehmen. Dementsprechend folgt die CVP dem Antrag des Stadtrates.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Entsorgungszeiten von 7 bis 20 Uhr, von Montagmorgen bis Samstagabend, grosszügig sind. Und sie sind vor allem auch im REAL-Gebiet einheitlich. Die Lärmbelastung wird nicht vor allem durch das Einwerfen generiert, sondern allenfalls durch das Zu- und Wegfahren von Autos, beim Schliessen der Autotüren beim Aus- und Einpacken. Das ist eigentlich die grössere Lärmbelastung. Das möchte der Stadtrat nicht ausdehnen auf die Nachtzeiten, auch nicht auf die Sonntagszeiten. Man möchte auch keine Attraktivierung dieser Unterflursammelstellen. Es wird vielleicht in Zukunft mehrere solche geben, aber man möchte die bestehenden Anlagen nicht mit der Ausweitung der Öffnungszeiten fördern. Wie viel Mehrverkehr dadurch entstehen würde – es würde sicher nicht zu einem Verkehrskollaps führen –, kann nicht abgeschätzt werden. Es würde aber sicher ein gewisser Mehrverkehr generiert werden.

In diesem Sinne ist der Sprechende froh, wenn der Rat das Postulat ablehnt.

Der Rat lehnt das Postulat grossmehrheitlich ab.

- Pause -

Dringliche Interpellation 182, Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, Sandra Felder-Estermann und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, Reto Derungs und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion, vom 7. April 2014: Täglicher Verkehrskollaps Spitalstrasse

Jules Gut wünscht Diskussion. Der Diskussion wird stattgegeben.

Jules Gut: Die Interpellanten danken dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Insbesondere danken sie dem Stadtrat, dass er sich regelmässig bei der „Fachgruppe Flankierende Massnahmen“ informiert, wie es mit neuen Massnahmen aussieht, die man gegenwärtig erarbeitet. Der Dank kommt insbesondere auch aus dem Quartier, dass der Stadtrat bemüht ist, regelmässig Polizisten aufzubieten, um Kontrollen durchzuführen. Ganz im Sinne von Joseph Schärli: In diesen Quartierstrassen gilt nämlich ein allgemeines Fahrverbot. Wenn der Sprechende nämlich zwei Minuten dort steht, sind es 20 Fahrzeuge à 100 Franken. Das sind 2000 Franken Busse, die man einnehmen könnte bei den Autofahrern. Damit hätte man wieder einige Velopumpen angeschafft...

Grundsätzlich bedanken sich die Interpellanten für die Auslegeordnung der verschiedenen Massnahmen, welche aufgeführt sind. Aus der Antwort ist zu lesen, dass der Stadtrat sehr bemüht ist, die schwierige Situation für den Spital und alle diejenigen, die über den Kreuzstutz fahren müssen, gut über die Runde zu bringen. Herzlicher Dank!

Sandra Felder-Estermann wohnt seit 15 Jahren in unmittelbarer Nähe der Spitalstrasse. Es ist richtig, wie es in der Antwort steht, dass schon vor Baubeginn sehr viel Verkehr herrschte. Viel mehr als vor 15 Jahren! Manchmal ist es aber inzwischen gespenstisch ruhig auf der Spitalstrasse:

Wenn nämlich gar kein Verkehr mehr ist. Denn der Verkehr steckt dann irgendwo und kommt gar nicht mehr in die Spitalstrasse, oder es hat riesige Kolonnen. Gemäss der letztwöchigen Infoveranstaltung zu Luzern Nord sind bereits weitere Sofortmassnahmen eingeleitet worden. Zumindest wurde es dort so gesagt. Es gebe einen Verkehrsdienst, der schauen solle, dass der Verkehr wieder in Fluss komme, wenn am Kreuzstutz nichts mehr geht.

Aber das Quartier muss leider auch einen Teil dieses sauren Apfels essen. Unser Quartier ist sich aber schon an viel Verkehr gewöhnt. Die Sprechende ist dankbar für die Unterstützung, die jetzt der Stadtrat gibt, dass zugunsten der Sicherheit in diesem Wohnquartier vermehrt Polizeikontrollen durchgeführt werden sollen. Besten Dank für die Antwort!

Theres Vinatzer kann die Situation, wie sie im Vorstoss geschildert ist, nur unterschreiben. Wie schon Sandra Felder-Estermann gesagt hat, geht während der Woche ab zirka 16.15 Uhr an der Spitalstrasse gar nichts mehr. Es steht alles still. Es war schon vorher schlimm, aber seit der Sperrung der Reusseggstrasse hat sich die Situation wirklich massiv verschärft.

Die Sprechende hat vorgestern eine Situation erlebt, als die ausfahrende Ambulanz trotz Blaulicht kaum an den Autos vorbeigekommen ist. Denn die Autos stehen so eng, dass sie auch fast nicht ausweichen können. Es ist so, wie es in der Antwort steht: Die Zufahrt zum Spital ist für die Ambulanzfahrzeuge gewährleistet, aber die ausfahrende Ambulanz muss über die Spitalstrasse. Dort sieht die Sprechende ein riesiges Problem. Es ist anzunehmen, dass sich das Kantonsspital diesbezüglich auch schon geäussert hat. Eine andere Situation ist, dass Spital-Mitarbeitende auf das Auto angewiesen sind, weil sie am Morgen mit dem ÖV das Spital nicht rechtzeitig erreichen würden. Das ist relativ frustrierend, wenn man jeden Abend nachher auch noch eine halbe Stunde im Stau steht. Ein Teil dieser Mitarbeitenden würde aber durchaus mit dem ÖV kommen, wenn sie dann aber nicht jeden Abend mit dem Bus im Stau stehen würden und dadurch ihre Anschlussverbindungen verpassen würden. Das ist für viele ein Arbeitsweg, der nicht mehr zumutbar ist. Aber auch für uns Velofahrende ist es oft ein Spiessrutenlauf, an den stehenden Autokolonnen vorbeizukommen. Und es ist auch nicht ungefährlich.

In der Antwort des Stadtrates kann man lesen, dass man wirklich verschiedene Sofortmassnahmen in die Wege geleitet und geprüft hat. Das ist sicher sehr gut, auch ein Monitoring ist sehr gut. Aber es braucht auch griffige Massnahmen, um die Situation rasch entschärfen zu können. Gut ist der eingeführte Verkehrsdienst am Kreuzstutz im Feierabendverkehr. Sinnvoll wäre sicher auch die Inbetriebnahme eines Dosierungssystems im Gasshof. In unseren Augen das wichtigste wäre, wenn man jetzt möglichst rasch und vorgezogen die durchgehende Busspur an der Spitalstrasse realisieren würde. Es wäre das die einzige Massnahme, die wirklich greifen würde. Und zwar, weil dadurch die Spital-Mitarbeitenden den ÖV tatsächlich benützen würden und zum anderen könnten auch die Velofahrenden sicherer vorankommen.

Die Sprechende möchte vom Stadtrat wissen, in welchem Zeitrahmen man das Projekt verwirklichen möchte, und ob man dieses Vorhaben nicht auch vorziehen könnte.

Peter With: Die Situation der Spitalstrasse ist schon länger bekannt und hat sich jetzt mit dem Umbau des Seetalplatzes noch verschärft. Allerdings ist es nicht so, dass das die einzige Problemstelle ist, die wir in der Stadt Luzern haben. Wenn man von der Fluhmühle in Richtung Pilatusplatz, oder von der Luzernerstrasse aus Littau kommt, kann man froh sein, wenn man es um diese Zeit in dreissig Minuten so weit schafft. Dort ist es mindestens auch so schlimm. Und jetzt, mit dem Verkehrsdienst, mag das für die Spitalstrasse etwas besser sein. Dafür stehen aber die ande-

ren, welche von der Stadt kommen, oder in Richtung Reussbühl fahren, einiges länger. Selbstverständlich gibt es auch noch andere Probleme, zum Beispiel an der Haldenstrasse. Man sieht einfach, dass zu gewissen Zeiten die Stadt nicht mehr in der Lage ist, diesen Verkehr zu schlucken. Vielleicht wäre das jetzt irgendeinmal die Gelegenheit, sich zu überlegen, ob einfach ein paar Leute mit gelben Westen genügen. Oder ob man mit einer Parksituation in der Stadt einen Ausbau schaffen würde, welcher die Möglichkeiten bietet, um den vielen Verkehr in die Stadt hinein vielleicht komplett unterbinden zu können.

UVS-Direktor Adrian Borgula hat die letzte Äusserung von Peter With nicht ganz verstanden. Peter With kann ihm das nachher vielleicht noch erklären.

Der Stadtrat glaubt, er habe die Ausgangslage trotz der Dringlichkeit des Vorstosses ziemlich gut dargelegt. Man ist mit dem Kanton zusammen auch bereit, noch mehr Polizeikontrollen zu beantragen. Gerade zur Situation, wie sie Jules Gut geschildert hat, bei der die Trüllhofstrasse als Umfahrungsweg benutzt wird. Das entspricht nicht unserem Konzept, und ist auch absolut verboten. Angesprochen wurde auch ein Dosierungssystem. Es wird geprüft, ob das auf der Kantonsstrasse realisiert werden kann. Ein Dosierungssystem funktioniert aber nur beim stadteinwärts fahrenden Verkehr, denn in der Innenstadt gibt es keinen Stauraum, um den ausfahrenden Verkehr zu dosieren.

Ob sich eine durchgehende Busspur auf der Spitalstrasse physisch oder elektronisch realisieren lässt, ist noch nicht sicher. Es ist nicht so einfach, denn die Platzverhältnisse sind doch sehr eingeschränkt. Man müsste sogar auf ein Trottoir verzichten, was auch wieder eine Einschränkung wäre. Als kurzfristige Massnahme ist das nicht realisierbar. So etwas muss geplant werden und die ganzen Auflageverfahren benötigen Zeit. Zudem muss es auch noch finanziert werden. Es ist eine Gemeindestrasse, also wäre es in der Kompetenz des Parlaments. Diese Umsetzung als Sofortmassnahme sieht der Sprechende nicht. Aber auch diese Situation wird geprüft.

An diesem Beispiel zeigt sich, dass das Verkehrssystem am Anschlag ist. Deshalb machen wir ja die Mobilitätsstrategie, um die Verstopfung des Systems zu verhindern. An der nächsten Session wird darüber sicher noch ausgiebig diskutiert werden.

Christian Hochstrasser hätte sich früher melden wollen und möchte auch noch eine kurze Einschätzung darlegen. Wenn die Problematik offenbar so gross ist, sind nach Meinung des Sprechenden die hier aufgeführten Sofortmassnahmen nicht eine wahnsinnig griffige und starke Palette. Es wird auf vieles verwiesen, was langfristig ist: 2018 AggloMobil due; und die Geschichte mit der Busspur. Das sind alles Fragen, welche dann kommen, wenn der Seetalplatz eröffnet ist. Für den Sprechenden stellen sich die Fragen auf zwei Ebenen. Erstens zu den kurzfristigen Massnahmen: Was muss jetzt gemacht werden, wenn das Problem gerade für den Spital so gross ist? Die Lösungen haben wir zwar nicht. Aber es ist nicht ganz sicher, ob der Verkehrsdienst, eine zusätzliche Kontrolle im Quartier und die Fachgruppe so genügen, oder ob der Stadtrat halt bei Bedarf zu griffigeren Massnahmen greifen muss, sofern sich irgendwelche Möglichkeiten ergeben.

Langfristig stellt sich für uns die Frage, ob die Problematik wirklich abnimmt, wenn der Seetalplatz eröffnet ist. Der Seetalplatz schafft mehr Kapazität. Wenn diese in Richtung Stadt ausgenutzt wird, oder von der Stadt her in alle Richtungen, schafft das möglicherweise weitere zusätzliche Herausforderungen, welche der Stadtrat dann auch im Auge behalten muss.

Reto Derungs möchte der Vollständigkeit halber auch noch die Meinung der CVP-Fraktion kundtun. Die CVP dankt dem Stadtrat für die Antwort und ist froh, dass der Stadtrat den Handlungsbedarf erkannt hat. Wir sehen aber auch, dass mit diesen kurzfristigen Massnahmen natürlich nicht so viel erreicht werden kann. Daher bitten wir den Stadtrat, hier am Ball zu bleiben und zu schauen, dass man so schnell als möglich griffige Massnahmen entwickeln kann.

Somit ist die Dringliche Interpellation 182 beantwortet.

**11. Postulat 144, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion,
Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion und Jules Gut
namens der GLP-Fraktion, vom 6. Dezember 2013:
Kunststoffrecycling in der Agglomeration Luzern**

Ratspräsident Thomas Gmür: Der Stadtrat beantragt Ablehnung des Postulates.

Roger Sonderegger: Vielleicht hat man das Gefühl, dass Kunststoffrecycling nicht ein so wichtiges Thema ist. Der Sprechende war im Januar an der „Swiss Plastics“ auf der Allmend, die Schweizer Messe für Kunststoffindustrie. Das ist eine Industrie, die sehr schnell wächst. Also ein Thema, das heute noch klein ist, vielleicht ist es morgen schon gross – oder gar mit grosser Sicherheit. Eines der grossen Themen an dieser Messe war das Recycling. In der Branche wird allgemein anerkannt, dass es für die Bürger, für die Unternehmer, aber auch für die Umwelt selbstverständlich ein sehr wichtiges Thema ist, und wie gesagt – ein Thema, das grösser wird. Jetzt lehnt der Stadtrat das Postulat ab, und damit die Forderung, sich bei REAL einzubringen für ein Recycling. Das enttäuscht selbstverständlich die Postulanten. Wir verstehen nicht, warum der Stadtrat das Postulat ganz ablehnt. Eigentlich äussert sich der Stadtrat mehrfach positiv. Er sagt, dass die Migros jetzt das Recycling mache, sei eine tolle Sache. Wir sehen, dass es ein Bedürfnis ist in der Bevölkerung. Und der Stadtrat sagt auch, er wisse noch nicht genau wie man mit dem Thema umgehen soll. Es gebe keine Ökobilanzen – und REAL erstellt gerade jetzt eine Studie! Es wäre ja die logische Konsequenz, dass der Stadtrat bereit wäre, das Postulat im Moment teilweise entgegenzunehmen. Je nach dem, was dann aus dieser Studie herauskommt, bringe er sich dann so ein bei REAL, wie es die Postulanten fordern. Oder er bringt sich dann eben nicht ein. Im Nachfeld hatten die Postulanten mehrfach Kontakt mit dem Branchenverband Swiss Recycling und mit verschiedenen Unternehmen. Es gibt Ökobilanzen zu diesem Thema. Bei InnoRecycling AG in Eschlikon kann man eine solche beziehen. Die Aussage ist ganz klar: In der Ökobilanz ist ein stoffliches Recycling immer besser als verbrennen. Das Verbrennen ist wahrscheinlich immer die letzte Option. Dass man dann nicht alle Stoffe brauchen kann, ist klar. Irgendetwas darf immer noch in die KVA gehen und das ist auch kein grosses Problem. Von allen Seiten kamen die Rückmeldungen, dass das Thema grösser wird und eine Sammlung somit einfacher wird. Der Stadtrat sagt komischerweise, dass eine Haushaltssammlung grosse Aufwände verursachen würde. Das haben die Postulanten gar nicht gefordert. Man könnte sich eine Sammlung auch an den Ökihöfen sehr gut vorstellen, sogar besser als bei den Haushaltungen. Wenn nun REAL am Schluss dieser Studie noch herausfinden würde, dass es ganz triftige Gründe gibt, könnte der zuständige Stadtrat immer noch überstimmt werden von den sachkun-

digen Kollegen. Es wäre also kein grosser Unfall, wenn er diesen Auftrag des Parlaments mitnehmen würde. Das politische Signal ist also klar, die Stadt will kein Kunststoffrecycling. Darum lehnt man so etwas auch ab. Die Postulanten finden es komisch, wenn man jetzt das Thema im neuen Hochleistungsöfen der KVA versenkt, weil dieser sehr effizient ist. Wir wünschen uns etwas mehr Mut, mehr Unternehmertum. Geben wir doch dem Stadtrat die zweite Chance, er soll das mitnehmen als Auftrag und sich dann dort einbringen. Der Sprechende dankt für die Unterstützung und glaubt nicht, dass das eine ganz gefährliche Sache wäre.

Judith Dörflinger Muff: Roger Sonderegger hat zwar schon fast alles gesagt. Es geht ja vor allem darum, was für ein Signal man aussendet, oder welche Haltung man vertritt. Der Sprechende ist damals in der Antwort zum Postulat 91 (Schaffung von Kunststoff-Sammelstellen in den Quartieren) aufgefallen, dass der Stadtrat darauf hingewiesen hat, dass das Ergebnis der REAL-Studie noch ausstehend ist. Man warte den Entscheid noch ab. Jetzt tönt es so, egal wie es herauskommt, man sagt schon zum Vorneherein, dass die energetische Verwertung ökologischer ist. Das ist ein ganz schlechtes Zeichen. Wie auch Roger Sonderegger gesagt hat, der Stadtrat vergibt sich gar nichts, wenn er jetzt bei REAL vorstellig wird, das jetzt zu prüfen. In diesem Sinne hält die SP/JUSO auch an der vollständigen Überweisung fest und bedankt sich bei allen für die Unterstützung in diesem Anliegen.

Laurin Murer: Die beiden Vorredner haben es schon gesagt. Es ist ein sehr sympathisches Postulat. Die G/JG-Fraktion würde es sehr gerne unterstützen, genauso wie der Stadtrat offenbar auch. Denn er schreibt: „Der Stadtrat teilt das Anliegen der Postulantinnen und Postulanten nach ökologisch optimierter Wiederverwertung von Kunststoffen. Er erachtet aber nicht als zweckmässig, sich für eine separate Kunststoffsammlung einzusetzen, da die Wahrscheinlichkeit zu gross ist, dass die thermische Wiederverwertung in einer KVA mit hohem Wirkungsgrad in der Ökobilanz besser abschneidet.“ Das sehen die Grünen und Jungen Grünen auch so. Es braucht etwas mit einer guten Ökobilanz. Wenn das in der neuen KVA sehr wahrscheinlich der Fall sein wird, ist es die bessere Option. Die G/JG-Fraktion glaubt dem Stadtrat und wird das Postulat ablehnen, obwohl eine teilweise Überweisung, wie sie auch schon gefordert wurde, auch als gute Option möglich gewesen wäre.

Joseph Schärli: Die Kunststoffsammlung besteht eigentlich schon. Kunststoff-Flaschen und anderes kann man in den Läden abgeben, bei den Grossverteilern. Dort wird das ganze Material nachher zur Wiederverwertung eingesetzt, wie es hier geschrieben ist – einfach auf eine andere Art. Das Verbrennen ist in der Antwort auch dargelegt. Es gibt die nötigen Stoffe, damit die Anlage überhaupt funktionieren kann und die Wärme gewährleistet ist. Zusätzliche Kunststoffsammlungen zu errichten, ist einfach wieder eine Kostenfrage. Wenn man das auf die günstigere Art machen kann, indem man das Material bei Migros, Coop und anderen Geschäften abgeben kann, ist es nicht nötig, dass auf Kosten der Stadt noch etwas Zusätzliches realisiert werden soll. Denn es besteht ja bereits. Der Sprechende bittet darum, das Postulat abzulehnen. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass diesem Anliegen Genüge getan ist mit dem, was man bereits heute schon hat.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion dankt grundsätzlich Roger Sonderegger für die intensiven Abklärungen, deren Resultate er zur Verfügung gestellt hat. Aus Sicht der GLP ist das Kunststoffrecycling

schon heute mitten in der Wirtschaft angekommen. Wie der Stadtrat gut aufzeigt, sind Projekte in der Industrie und im Detailhandel am Laufen, wie die Stoffkreisläufe optimal, oder optimaler geschlossen werden können. Das ist zweifellos eines der Schlüsselthemen für die nächsten Jahrzehnte, für die lokale Industrie, aber auch für die Grossindustrie. Nachhaltig wirtschaften heisst auch, innovativ sein. Es ist klar, ohne Innovationen ist heute eine Firma innerhalb von fünf Jahren weg vom Markt.

Im Postulat wird gefordert, dass man prüft, wie eine solche Sammlung aussehen könnte. Wir fordern kein zusätzliches Fahrzeug, das neben den Karton-Containern – in Zukunft vielleicht auch in Littau – und normalem Kehricht auch noch Plastik einsammelt. Sondern es spricht ja nichts dagegen, dass man im Ökihof die Sache mit einer neuen Tonne ergänzt. Oder dass man die genannten Firmen – Migros, Coop usw. welche sich heute schon diesem Thema annehmen, motiviert –, sich diesem Thema noch intensiver zu widmen. Die GLP-Fraktion unterstützt in diesem Sinne Roger Sonderegger am Festhalten der vollständigen Überweisung.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die FDP hat die Antwort des Stadtrates gelesen und findet sie gut. Es ist schlüssig aufgezeigt, warum man das Postulat ablehnen muss. Zudem ist die heutige Form, dass man Kunststoff zum Beispiel in der Migros oder in Quartierläden zurückbringen kann – vorne steht ein leerer Lastwagen, der anliefert und das Leergut wieder zurücknimmt – ökologisch die vernünftigste Form von Recycling. Sicher besser, als wenn wir Autos füllen und in den REAL-Ökihof gehen. Dort benötigen sie eine zusätzliche Tonne und wissen nicht genau, was damit zu tun ist. Und am Schluss übergeben sie es dann sowieso der KVA.

Die FDP-Fraktion wird das Postulat ablehnen und gratuliert dem Stadtrat für die gute Antwort.

Roger Sonderegger möchte nach der Ratssitzung der Sprecherin der FDP etwa fünf Widersprüche in der „wahnsinnig guten“ Antwort noch aufzeigen. Wenn man sie genau liest, ist sie nämlich wirklich voller Widersprüche. „Liebe Grüne Kollegen: Die Rückführung des Stoffes in den Kreislauf ist doch ein ur-grünes Anliegen, das ist doch so?“ Wahrscheinlich wäre es eines. Jetzt wird dieses Zeug in die KVA geführt. Es gibt Ökobilanzen, welche zeigen, dass die stoffliche Verwertung die schlaueste Ökobilanz hat. Das erstaunt nicht. Wenn man es wieder rückführen kann, kann man es wieder gebrauchen. Wenn es verbrannt ist, ist es fort für immer. Zu der von Joseph Schärli angesprochenen Kostensituation erwähnt der Sprechende, dass es bei anderen Abfallverbänden (wie REAL ist) Versuche gibt. Dort bekommt man für den gesammelten Kunststoff etwas. Es macht niemanden reich, aber es deckt immerhin fast die Kosten. Wenn man es also heute einführen würde, würde es wahrscheinlich etwas weniger kosten, in zehn Jahren wird die Situation so sein, dass man gut aufgestellt ist und damit Geld verdienen kann. Dass Rohstoffe auch aus dem Abfall begehrt sind, sieht man auch daran, dass die KVA die Stoffe unbedingt will, die man denen jetzt wegnehmen will. Das Thema wird sich also ganz klar in diese Richtung entwickeln, dass wir den Rohstoff in Zukunft brauchen. Die Politik sollte voraus gehen und nicht hinterherlaufen. Laufen wir doch voraus, überweisen wir das Postulat. Wir vergeben uns nichts!

Christian Hochstrasser: Roger Sonderegger hat in seinem ersten Votum gesagt, dass es selbstverständlich gut wäre für die Umwelt, wenn man Kunststoffrecycling macht. Weiter hat er ausgeführt, dass die Rückführung in den Stoffkreislauf selbstverständlich besser ist, und dass die stoffliche Verwertung immer besser ist. Aus seiner Arbeit beim Bundesamt für Umwelt weiss der

Sprechende, dass das nicht stimmt. Stoffliche Verwertung ist nur dann besser, wenn der Energieaufwand für die stoffliche Verwertung in einem Mass ist, dass er nicht negativ höher ins Gewicht fällt, als wenn man es hocheffizient verbrennt und diese Wärme auch genutzt wird. Es kann sein, wenn man Abfalldeponien mit stofflicher Verwertung vergleicht. Unsere energetische Verwertung ist eigentlich sehr effizient, weshalb man das sehr genau prüfen muss. Was für ein Signal senden wir hier wirklich aus? Wir sagen, Kunststoffrecycling ist per se positiv. Wir bitten den Stadtrat – es ist keine Prüfung, es ist eine Anregung –, sich bei REAL für die Einführung einer Kunststoffsammlung einzusetzen, ohne zu wissen, ob die Ökobilanz besser ist. Es ist richtig, dass Kunststoffrecycling in der Wirtschaft in der Zwischenzeit angekommen ist. Das heisst aber noch lange nicht, dass das vom Staat förderungswürdig ist, wenn es keinen Grund gibt, warum es für die Umwelt wirklich besser ist. Wenn wir jetzt das Postulat überweisen, das unter dem Zeichen von Nachhaltigkeit und „Grüner Revolution“ steht, muss man nicht das Gefühl haben, dass man damit für die Umwelt wirklich etwas tut. Es ist vielleicht einfach ein falsches Signal, das wir aussenden. Man hat das Gefühl, man habe etwas getan und alles sei kein Problem mehr mit dem Kunststoff. Das Problem beim Kunststoff ist die anfallende Menge, der Kunststoff, der produziert wird und nicht in erster Linie, dass er nachher bei uns energetisch verbrannt wird. Man muss nicht die Idee haben, man erreiche damit für die Umwelt einen Quantensprung. Das ist die Antwort an Roger Sonderegger, und vielleicht einige andere auch, wenn sie irritiert sind, dass die Grünen und Jungen Grünen hier nicht mitmachen. Wir machen mit, selbstverständlich immer bei ökologischen Anliegen. Aber hier sind wir der Meinung, es ist nicht gewährleistet, dass es ökologisch ist. Wenn es herauskommt, dass die Ökobilanzen wirklich positiv wären, steht dem Stadtrat nichts im Wege, sich dann auch dafür einzusetzen. Mit der Forderung im Postulat wird aber der Stadtrat gebeten – unabhängig von den Ergebnissen der Ökobilanzen –, sich für ein solches Kunststoffrecycling einzusetzen und das wollen wir nicht.

Judith Dörflinger Muff wendet sich an Christian Hochstrasser: Sie hat sich auch etwas gestört, dass man jetzt die Ergebnisse der Studie vorwegnimmt, indem man sagt, die energetische Verwertung werde dann höchstwahrscheinlich ökologischer sein als das Recycling. Das ist eine Annahme, die man trifft, ohne dass man es weiss. Roger Sonderegger hat Studien zitiert, welche aufzeigen, dass eine Wiederverwertung immer besser ist.

Klar muss es Ziel sein, dass man möglichst weniger Kunststoffe überhaupt produziert. Das würde allerdings den Rahmen dieser Diskussion sprengen. Im Postulat geht es ganz klar darum, was man mit dem macht, das schon da ist. Wenn man versuchen wollte, die Kunststoffproduktion zu reduzieren – das ist sicher ein Anliegen von uns allen –, wäre das ein anderes Thema. Das ist ein anderes Geschäft und müsste aber nicht hier an dieser Stelle diskutiert werden.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Kunststoffrecycling und Recycling generell, ist ein ganz wichtiges Thema, das auch der Sprechende nicht unterschätzen möchte. Wie Judith Dörflinger Muff gerade gesagt hat: Vorbeugen wäre das Beste. Also keinen überflüssigen Kunststoff zu produzieren. Selbstverständlich ist es auch aus ökologischer Sicht wichtig, möglichst kurze und geschlossene Kreisläufe mit unseren Produkten anzustreben. Es wurde kritisiert, dass der Stadtrat nicht eine teilweise Entgegennahme beantrage. Warum der Stadtrat die Offenheit nicht habe, das zu prüfen. Der Sprechende und der Stadtrat nehmen die parlamentarischen Vorstösse sehr ernst. Wenn es heisst: „...wir möchten den Stadtrat bitten, sich bei REAL für die Einführung einer Kunststoffsammlung in der Agglomeration Luzern einzusetzen“, ist das ein Antrag, in der Kompetenz des

Stadtrates, wie er vorgehen soll. Es ist nicht ein Antrag auf Prüfung. Nachher heisst es: „REAL solle zunächst prüfen“, und zwar nicht ob – sondern wie diese am sinnvollsten ausgestaltet wird. „Anschliessend bitten wir den Stadtrat, die Umsetzung zu unterstützen.“

Der genaue Auftrag des Postulates ist – wie sich auch Christian Hochstrasser geäussert hat –, sich dafür einzusetzen, ungeachtet ob die Ökobilanz positiv oder negativ ist. Das ist das, was der Stadtrat nicht will. Denn die Chance, dass die Ökobilanz bei einer Kunststoffsammlung positiv ist, ist entgegen der Ansicht der Postulanten, gering. Wenn sie das ist, und wenn REAL in der Multikriterienanalyse zum Schluss kommt, dass es zweckmässig ist, wird sich auch der Stadtrat einer solchen Lösung garantiert nicht verschliessen. Für den Sprechenden ist wichtig, dass der Stadtrat auf eine klare Forderung auch eine klare Antwort gibt.

Insofern teilt der Stadtrat natürlich das Anliegen auf eine ökologisch optimierte Entsorgung. Dieses Anliegen haben wohl alle hier im Saal – es hat niemand widersprochen. Die Frage ist nur, was dies bedeutet. Für den Stadtrat ist das zentrale Thema, dass die Ökobilanz stimmen muss. Da gibt es grosse Probleme, das wurde auch in der Praxis abgeklärt. Vor allem der hohe Verschmutzungsgrad dieser Gefässe. Das heisst, der Anteil, den man überhaupt verwerten kann, ist eher gering. Oder man müsste die Verschmutzung durch Waschen mit hohem Energieeinsatz rückgängig machen. Dann gibt es lange Transportwege. Im Rahmen der Verursacherproblematik ist es zweckmässig, dass die Migros ihre Verpackungen selber sammelt. Wie auch Sonja Döbeli Stirnemann gesagt hat, nutzen sie beim Rückschub von Abfallmaterial ihre eigene Logistikkette. Aber was passiert nachher? Die Migros fährt per Lastwagen mit diesem Kunststoff irgendwo nach Ostdeutschland. Dort wird das Material sortiert. Der REAL-Geschäftsführer wollte einmal einen solchen Verwertungsbetrieb besuchen. Er wurde nicht hinein gelassen. Das riecht doch etwas eigenartig, das sind Fakten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir eine neue Logistikkette aufbauen müssten. Natürlich haben wir Entsorgungshöfe, aber dann müsste organisiert werden, wer was wohin transportiert. Dann ist es doch wesentlich zweckmässiger, wie beim PET und PE, dass der Hauptkanal über die Verteiler geht. Es macht wenig Sinn, dass die Stadt das auch noch aufbaut. Das sieht man jetzt beim Elektroschrott. Eigentlich müssen die Händler die Geräte zurücknehmen. Diese haben die vorgezogene Entsorgungsgebühr. Der grösste Teil des Elektroschrotts landet jedoch bei uns, in den Ökihöfen. Wir haben diese Entsorgungsgebühr nicht, müssen aber dafür schauen, dass wir das einigermaßen kostenneutral wieder zurückspeisen können. Letztlich kostet es uns aber immer etwas. Sollen wir das jetzt für den Kunststoff auch noch machen?

Grosse Zweifel bestehen, dass die Ökobilanz stimmt. Und zwar primär im Sinne der Energiebilanz. Sollte jetzt die Stadt mit diesen leeren Flaschen nach Ostdeutschland fahren, um sie dort sortieren zu lassen? Die Hälfte geht nachher in ein Zementwerk mit einem miserablen Wirkungsgrad. Der thermische Wirkungsgrad in der neuen Renergia liegt bei 70 Prozent. Diese Wärme wird genutzt. Sie substituiert Erdöl, das Basiselement für die Kunststoffproduktion. Aus Sicht des Stadtrates macht es einfach keinen Sinn, sich für etwas einzusetzen, wenn man nicht weiss, ob die Ökobilanz stimmt, beziehungsweise, weil man zu 95 Prozent davon ausgeht, dass die Ökobilanz nicht stimmt. Das ist kein Signal, dass man nicht offen wäre für Innovationen und dem Stadtrat Recycling nicht wichtig wäre. Selbstverständlich ist Kunststoffrecycling ein Thema. Aber es macht nach Ansicht des Stadtrates jetzt keinen Sinn, eine frische Logistikkette aufzubauen auf unseren Ökihöfen, solange nicht klar ist, dass die Ökobilanz wirklich besser ist.

Erste Abstimmung:

Überweisung des Postulates	19
Ablehnung des Postulates	19
Enthaltungen	3

In der zweiten Abstimmung lehnt der Rat das Postulat 144 mit 20 : 19 Stimmen ab.

12. Postulat 121, Franziska Bitzi Staub, vom 8. Oktober 2013: Sukzessiver Ersatz von Elektroboilern

Ratspräsident Thomas Gmür: Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Urs Zimmermann: Der überhastete Atomausstieg der Stadt Luzern wird uns noch viel mehr Probleme bereiten. Nicht nur finanziell, sondern dann auch in der effektiven Umsetzung. Ein stabiles und betriebssicheres Netz ist sicher die Grundlage für eine gut funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft. Dass jetzt aber Gebäudeeigentümer gezwungen werden sollen, ihre bestehenden Boiler ersetzen zu müssen, kann die SVP ganz bestimmt nicht unterstützen. Das ist ein massiver Eingriff in die Eigentumsrechte. Es würden Folgekosten für Installationen entstehen, die in keinem Verhältnis zu den Förderkosten stehen. Hier appelliert die SVP ganz klar an die Freiwilligkeit der Gebäudeeigentümer.

Die Postulantin fordert, dass es Vorschriften oder Förderprogramme braucht, zu denen man die Gebäudeeigentümer verpflichten kann. Das geht der SVP schlicht und einfach viel zu weit. Die SVP-Fraktion stellt aus diesem Grund einen Ablehnungsantrag zu diesem Postulat.

Franziska Bitzi Staub: Elektroboiler sind ineffiziente Energiefresser. Fünf bis sieben Prozent des städtischen Energieverbrauchs gehen auf ihre Kosten. Darum ist der Neueinbau schon heute verboten. Die Stadt Luzern will die Energiewende schnell schaffen. Dazu gehört auch der Ersatz von ineffizienten Elektrogeräten, ob das ein Kühlschrank ist, oder eben ein Elektroboiler. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Auch Energieförderprogramme sind nichts Neues, weshalb die Sprechende die Opposition der SVP nicht ganz versteht. Sogar der Hauseigentümerverband – von dem die Sprechende manchmal das Gefühl hat, er ticke politisch wie die SVP – hat in seiner vorletzten Zeitung eine ganze Seite dem Thema Ersatz von Elektroboilern gewidmet.

Die Sprechende freut sich, dass der Kanton seit dem 1. Januar 2014 den Ersatz von Elektroboilern subventioniert, wie es andere Kantone schon länger machen. Das war aber im letzten Oktober, als sie das Postulat einreichte, noch nicht der Fall. In der Stadt sieht die Sprechende – wie im Postulat erwähnt – zwei spezielle Problemfelder: Miet- und Eigentumswohnungen. In den neunziger Jahren sind zum Zweck der verursachergerechten Nebenkostenabrechnungen viele dezentrale Boiler in Wohnungen installiert worden. Die Vermieter solcher Wohnungen haben, wie leider auch beim Kühlschrank, kein Interesse, diese zu ersetzen, weil sie ja die Nebenkosten einfach auf die Mieter überwälzen können. In grösseren Stockwerkeigentümergeinschaften – Stockwerkeigentum hat in der Stadt Luzern in den letzten Jahren massiv zugenommen – ist ein Entscheid zu einem teuren Totalersatz einer Heizanlage ebenfalls sehr schwierig und langwierig. Da braucht es halt gewisse Anreize. Das Postulat fordert übrigens nicht den sofortigen Ersatz von

allen Elektroboilern. Die Sprechende würde Urs Zimmermann gerne erklären, was sukzessiv heisst und was damit gemeint ist. Es soll nämlich die Möglichkeit bestehen, dass man das koordiniert mit anderen Sanierungen, in der Küche, im Bad, bei der Heizung – generell.

Der Stadtrat erwähnt in seiner Antwort, dass dezentrale Boiler als Speicher genützt werden könnten. Das ist eine interessante Option, aber für die bestehenden Geräte vermutlich technisch nicht umsetzbar und eher Zukunftsmusik. Es könnte aber eine Option sein in Zukunft. Vor drei Jahren war es noch nicht einmal möglich, einen Solarboiler als sogenanntes Schrankmodell zu finden. Optimierung und Weiterentwicklung sind auch bei den Produzenten noch möglich, wenn die entsprechende Kundennachfrage bestehen würde.

Deshalb ist die Postulantin froh, dass der Stadtrat im Rahmen des Aktionsplans Luft, Energie, Klima 2014 am Thema dranbleibt. Danke für die Antwort!

Max Bühler: Die SP/JUSO-Fraktion ist erfreut, dass der Stadtrat das Anliegen des Postulates aufnehmen will. Wie im Vorstoss und auch in der Stellungnahme des Stadtrates erwähnt, ist das Stromsparerpotenzial bei den Elektroboilern beträchtlich. Nicht nur auf der Seite der Stromerzeugung muss gehandelt werden. Wie das Postulat zeigt, besteht auch auf Seiten des Verbrauchs Handlungsbedarf. Zumal es auf dieser Seite häufig einfacher und niederschwelliger ist. Oftmals sind kleinere Investitionen nötig, als auf der Erzeugerseite, wo vor allem die Förderung und die Erschliessung von umweltfreundlichen und nachhaltigen Energiequellen im Vordergrund stehen. Der Effekt, der aber auf der Verbraucherseite erzeugt werden kann, ist nicht zu unterschätzen. Es ist klar – das wird ja im Postulat auch erwähnt und wurde jetzt auch von Franziska Bitzi Staub erwähnt –, dass der Ersatz der Boiler nicht von heute auf morgen passieren kann. Das Ziel der Stadt muss aber sein, das Stromsparerpotenzial im Allgemeinen auszuschöpfen, egal in welchem Bereich. In diesem Sinn unterstützt die SP/JUSO-Fraktion die Überweisung des Postulates.

Myriam Barsuglia: Ein konsequenter Ersatz bzw. ein konsequentes Verbot von energetisch verschwenderischen Elektroboilern ist nicht nur aus ökologischen Gründen sinnvoll, sondern auch für die Eigentümer finanziell interessant durch die Einsparung von unnötigen Stromkosten. Das ökologische und finanzielle Gewinnpotenzial in der Stadt Luzern ist enorm hoch. Wie der Stadtrat in seiner Antwort aufzeigt, sind entsprechende gesetzliche Vorschriften oder Förderprogramme, wie es das vorliegende Postulat fordert, bereits zu einem gewissen Teil vorhanden oder angedacht. Mit der Ablehnung des neuen kantonalen Energiegesetzes fehlt jedoch eine wichtige Grundlage für eine zügige Umsetzung.

Wir finden es erfreulich, dass der Stadtrat trotzdem bereit ist, die Möglichkeiten zum raschen Ersatz von Elektroboilern im Rahmen des Aktionsplans Luft, Energie, Klima zu prüfen resp. als „Energierstadt Gold“ finden wir das im Prinzip nicht mehr als konsequent. Die GLP-Fraktion stimmt daher der Entgegennahme des Postulates zu.

Rieska Dommann: Das Postulat greift eine wichtige Forderung auf. Der Ersatz von Elektroboilern ist wie der Ersatz von Elektroheizungen seit langem ein zentrales Anliegen. Seit Jahren engagieren sich sowohl die Stadt wie auch der Kanton Luzern mit entsprechenden Förderprogrammen mit beachtlichem Erfolg. Diese Bemühungen müssen fortgesetzt werden. Nicht zuletzt hat der Luzerner Regierungspräsident Robert Küng das Jahr 2014 zum „Solarjahr“ ausgerufen. Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Noëlle Bucher: Auch die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen unterstützt das Postulat. Die Sprechende kann sich den Vorrednerinnen und Vorrednern nur anschliessen. Die Fraktion ist erfreut, dass die Mehrheit des Grossen Stadtrates – im Gegensatz zum Kantonsrat – zum Thema Energiesparen und Energieeffizienz einen gemeinsamen Weg beschreitet. Die G/JG-Fraktion ist für die Überweisung des Postulates, sie dankt dem Stadtrat für seine Stellungnahme und auch Franziska Bitzi Staub für das Postulat, das eigentlich schon längst überfällig gewesen ist.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Der Stadtrat und die Direktion UVS unterstützen das Anliegen der Postulantin. Es gibt wirklich ein hohes Potenzial für Energieeffizienz und Einsparung von Energie im Bereich der Elektroboiler. Die kantonale Regelung besteht bereits, es gibt ein Förderprogramm für den Ersatz von Elektroboilern durch Wärmepumpenboiler. Der Stadtrat möchte jetzt aber weiter gehen und das Anliegen prüfen und im Rahmen des Aktionsplans Luftreinhaltung, Energie und Klima noch verfeinern. Der Stadtrat dankt dem Parlament, wenn er dazu die Unterstützung bekommt.

Der Rat überweist das Postulat 121 grossmehrheitlich.

**13. Interpellation 136, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion,
vom 13. November 2013:
Energieberatung für alle oder exklusiv nur für wenige?**

Rieska Dommann wünscht kurze Erklärung. Die Energieberatung ist ein sehr wichtiges Angebot für eine effiziente Energienutzung, um die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen. Darum ist die FDP-Fraktion froh, wenn auch in Zukunft alle Luzernerinnen und Luzerner Zugang zu einer attraktiven Energieberatung haben. Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. Sie ist mit den Antworten einverstanden.

Die Interpellation 136 ist somit beantwortet.

**14. Motion 124, Rieska Dommann und Jules Gut (Letzterer namens der
GLP-Fraktion), vom 21. Oktober 2013:
Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz städtischer Liegenschaften**

Ratspräsident Thomas Gmür: Der Stadtrat nimmt die Motion als Postulat entgegen.

Rieska Dommann dankt dem Stadtrat für seine Stellungnahme zur Motion über mehr Transparenz bei der Energieeffizienz von städtischen Liegenschaften. Obwohl der Sprechende eigentlich an der Überweisung als Motion festhalten möchte, freut er sich grundsätzlich über die Antwort des Stadtrates und über seine Bereitschaft, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Mit dem 2009 eingeführten Gebäudeenergieausweis der Kantone steht erstmals ein Instrument zur Verfügung, um die Energieeffizienz von Gebäuden mit verhältnismässigem Aufwand zu bewerten und für jedermann verständlich zu dokumentieren. In Anlehnung an die bestens bekannte Energieetikette bei Haushaltgeräten oder Autos, zeigt der Gebäudeenergieausweis auf einer Skala von A bis G die Energieeffizienz eines Gebäudes auf.

In der Schweiz gibt es rund zwei Millionen Gebäude, davon sind rund 60 % Wohnbauten, 40 % sind Dienstleistungs- und öffentliche Bauten. Dieser Gebäudepark beansprucht rund 50 % des schweizerischen Energieverbrauchs. Der weitaus grösste Teil der Wärmeproduktion für diese Gebäude erfolgt heute immer noch durch Öl- und Gasheizungen. Eine Folge davon ist, dass der Gebäudesektor rund 40 % der Schweizer CO₂-Emissionen verursacht.

Mit unserer Motion verfolgen wir zur Hauptsache die folgenden zwei Ziele:

1. Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz der städtischen Liegenschaften
2. Den Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) besser bekannt machen

In seiner Stellungnahme zeigt der Stadtrat auf, dass im Gebäudebereich in den letzten Jahren einige Anstrengungen unternommen wurden. So wird eine Energiebuchhaltung mit einem speziellen Rechentool geführt, indem die Verbrauchsdaten aus Wärme, Strom und Wasser erhoben werden. „Mit Verlaub, ist das für mich ist im Rahmen einer professionellen Liegenschaftsverwaltung eine Selbstverständlichkeit.“ Die Erfassung dieser Verbrauchsdaten ist nämlich, wie der Stadtrat auch in seiner Stellungnahme schreibt, eine unverzichtbare Grundlage, um die eingeleiteten Massnahmen zur Effizienzsteigerung zu überprüfen und den Erfolg auch zu dokumentieren. Auf Basis der Energiebuchhaltung können sogenannte Display-Plakate erstellt werden. Mit ihnen kann die benutzerabhängige Effizienz eines Gebäudes einfach und verständlich dargestellt werden. Die Stadt besitzt damit ein einfaches Hilfsmittel, um die Gebäudenutzer – d. h. zum Beispiel die Mitarbeitenden der Verwaltung, oder Lehrpersonen in den Schulhäusern – zu motivieren, sich an Massnahmen zur Senkung des Energie- und Wasserverbrauchs zu beteiligen. Die Display-Plakate wenden sich also primär an die Gebäudenutzer, d. h., sie sind nach innen gerichtet und nicht an die Öffentlichkeit.

Das Display-Poster macht keine Aussage zur nutzerunabhängigen Energieeffizienz eines Gebäudes. Hierzu wird der Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) benötigt, der die Energieeffizienz des Gebäudes, und nicht das Verhalten der immer wieder wechselnden Nutzer bewertet. Aus Sicht des Sprechenden ergänzen sich die beiden Bewertungen optimal. Nur der GEAK zeigt aber auf, wie es um die Energieeffizienz eines Gebäudes tatsächlich steht. Ein Display-Plakat kann deshalb nie als Ersatz für den GEAK herangezogen werden, ergänzt diesen aber optimal. Der Regierungsrat des Kantons Luzern wollte einen Gebäudeenergieausweis für alle Gebäude im Kanton Luzern obligatorisch einführen. Leider hat der Kantonsrat das neue Energiegesetz versenkt. Dank diesem Obligatorium wären innert weniger Jahre alle Gebäude mit einem Gebäudeausweis ausgezeichnet worden. Man hätte auf einen Blick erkennen können, welche Gebäude energieeffizient sind, und welches „Energiefresser“ sind. Auch die Stadt Luzern hätte – was die Motion verlangt – für ihre Liegenschaften einen Gebäudeenergieausweis erstellen müssen. In diesem Falle wäre die Motion gar nicht notwendig gewesen.

Nachdem die Regierung des Kantons Luzern mit ihrem Vorhaben gescheitert ist, müssen andere in die Bresche springen und einen Beitrag dazu leisten, dass der GEAK rascher als bisher Verbreitung findet und besser bekannt wird. Dies gelingt nur, indem mehr Gebäude über einen GEAK

verfügen. Wir sind überzeugt, dass die Stadt Luzern hier einen wertvollen Beitrag leisten kann und freuen uns, wenn nachher viele private Liegenschaftseigentümer dem guten Vorbild rasch folgen werden.

In seiner Antwort stellt der Stadtrat in Aussicht, das Anliegen der Motion aufnehmen zu wollen. Zudem ist sogar eine GEAK-Pflicht für private Gebäude, die von städtischer Unterstützung profitieren, geplant. Der Sprechende unterstützt diese Pläne natürlich sehr. Dass der Stadtrat aber nicht bereit ist, die Motion als Motion entgegenzunehmen, macht die Motionäre halt misstrauisch und der Stadtrat schreibt in seiner Antwort selbst, dass die Umsetzung nur dann erfolge, wenn es die finanzielle Lage der Stadt Luzern erlaubt, d. h. sie wird eben nicht umgesetzt. Soviel ist spätestens nach dieser Woche klar, als uns die neuen Zahlen präsentiert worden sind. Der Sprechende und Jules Gut wollen aber, dass etwas gemacht wird und dass die Anliegen für mehr Energieeffizienz nicht auf der Strecke bleiben.

Rieska Dommann hat die Motion nicht im Namen der FDP-Fraktion eingereicht, weshalb er kurz die Haltung der FDP mitteilen möchte. Die Fraktion lehnt den eingereichten Vorstoss ab. Dagegen spreche in erster Linie die finanzielle Belastung, welche für die Stadt durch diese Motion entstehen würde. Es handle sich um eine „Insellösung“, weil – wie schon gesagt – das Energiegesetz vom Kanton abgelehnt wurde und folglich nur die Stadt das machen würde. Nach Überzeugung der FDP-Fraktion muss die Stadt andere Prioritäten setzen.

Persönlich freut sich Rieska Dommann, wenn das Parlament die Überweisung der Motion unterstützt. Damit transparent wird, wie es um die Energieeffizienz der Liegenschaften der mit dem Label „Energistadt Gold“ ausgezeichneten Stadt Luzern aussieht.

Ratspräsident Thomas Gmür: Wird an der Motion als Motion festgehalten?

Rieska Dommann hält an der Motion als Motion fest.

Jules Gut: In der Klima- und Energiepolitik werden bekanntlich viele Konzepte geschrieben und Berichte verfasst. Wenn es dann um die konkrete Umsetzung von Massnahmen geht, wird es immer sehr schwierig, auch tatsächlich Mehrheiten zu gewinnen. Das man hat vorher gesehen beim Postulat der CVP von Roger Sonderegger. Vorher sind wir gescheitert, jetzt versuchen wir es halt wieder.

So wird auch die Forderung nach dem GEAK mit Beratungsbericht für alle städtischen Gebäude schnell als teure und unnötige Massnahme bezeichnet. Der Sprechende denkt aber, dass die Kosten sehr leicht in den laufenden Gebäudeunterhaltsbuchungen zu verbuchen sind, wenn man sie auf die einzelnen Gebäude herunter bricht. Die ausgewiesenen Kosten von 200'000 Franken relativieren sich somit sehr schnell. Die Schwankungen des Heizölpreises für eine Öltankfüllung in den verschiedenen Häusern sind wahrscheinlich in der Praxis ein sehr viel entscheidender Faktor, ob man jetzt noch einen GEAK macht oder nicht.

Der Sprechende versteht natürlich, wenn der Stadtpräsident in der heutigen Lage die schlechten Zahlen verkünden muss, dass in jedem Postulat ausgewiesen werden muss, was der theoretische Kostenanteil wäre, wenn man etwas dann noch extra machen würde.

Das Ausstellen des GEAK, und insbesondere die Publizierung und das Aufhängen desselben in den Häusern, welche Publikumsverkehr haben, oder der Stadt gehören, helfen der Bevölkerung in der Einordnung des Zustandes des öffentlichen Gebäudeparks. Der erste Schritt einer Sanie-

rung ist immer die Sensibilisierung der Betroffenen. Nur dann, wenn man weiss, dass man viel Öl braucht, weil das Haus schlecht ist, und dass Handlungsbedarf besteht, nur dann ist man auch bereit, darüber nachzudenken, ob etwas gemacht werden sollte. Sonst besteht überhaupt kein Handlungsdruck. Einverstanden, die Ausstellung eines GEAK allein verbessert die Welt nicht. Aber es ist ein erster kleiner, und vor allem ganz konkreter Schritt zur Umsetzung einer Massnahme, und nicht, dass man einfach nur darüber geschrieben hat.

Die GLP unterstützt die Forderung von Rieska Dormann zur vollständigen Überweisung beziehungsweise die Überweisung als Motion.

Rieska Dommann hätte **Korintha Bärtsch** überzeugen können, wenn sie vorher kritisch gewesen wäre. Deshalb versteht sie nicht, warum das bei der FDP-Fraktion nicht funktioniert hat. Für die G/JG-Fraktion ist aber klar, dass sie die Motion, so wie sie eingereicht worden ist, unterstützen wird. Auch wenn man uns das hie und da abspricht, kennen wir die theoretischen Grundsätze der Marktwirtschaft schon auch etwas. Und hier ist doch die Transparenz und die volle Information ein wichtiges Grundelement dieser ganzen Theorie. Wir finden, dass die volle Transparenz vorhanden ist, wenn man einen Kauf tätigen will. Man soll nicht einfach die Katze im Sack kaufen. Wie man das von den verschiedenen Energieetiketten bei Fahrzeugen oder Elektrogeräten kennt, kann man so mit dem GEAK mit einem Ampelsystem aufzeigen, welches eigentlich auf Grün gestellt werden sollte – nicht nur für die Velos, sondern auch bezüglich dem Energieverbrauch. So wird man auf einfache Art unterstützt, auch wenn man nicht Fachperson ist, was energetisch am besten ist. Genau das Gleiche soll mit dem GEAK gemacht werden.

Der Regierungsrat ist für einmal etwas forscher gewesen, als die Stadt und hat den GEAK eigentlich vorgeschrieben. Deshalb unterstützt der Kanton, obwohl er nicht als obligatorisch eingeführt worden ist, den „GEAK Plus“. Der Kanton unterstützt das Modell mit 20 bis 50 Prozent pro einzelnen GEAK. Wenn also die Stadt das Geld beim Kanton wirklich abholen würde, würde das der finanzpolitischen Lage in der Stadt Luzern auch gut tun.

Man kann den GEAK, wie das Jules Gut auch gesagt hat, tipptopp in eine Sanierung einbinden. Das ist in der Motion auch so angedacht, gefordert ist eine Umsetzungsfrist von fünf bis zehn Jahren. Die ersten GEAK sollte man in der Phase machen, wenn Liegenschaften auch umgebaut werden und sogleich integriert werden. Deshalb finden die Grünen und Jungen Grünen, dass man das unbedingt machen sollte. Auch hier soll die Stadt eine Vorbildrolle übernehmen, dass die Privaten auch nachziehen.

Reto Derungs: Die CVP-Fraktion möchte dem Stadtrat danken für die Antwort. Aus der Antwort sieht man, dass der Stadtrat eigentlich die Anliegen der Motionäre weitgehend erfüllen will. Er macht aber einen Vorbehalt, und das sind die Finanzen. Denn ganz gratis gibt es Gebäudeenergieausweise nicht. Aus diesem Grunde hätte die CVP das Ganze als Postulat gerne unterstützt. Wir sind aber auch nicht bereit, den fixen Terminplan, den die Motionäre vorgeben – wo es heisst, bis dann muss es zu diesem Preis umgesetzt sein – einzuhalten. Denn es könnte für die Stadt durchaus Sinn machen, das für gewisse Liegenschaften, die man nicht erneuern oder nicht verkaufen will, etwas später zu machen. Jules Gut hat selber gesagt, dass nur mit dem Aufkleben von Energieetiketten noch keine Kilowattstunde gespart ist. Also wollen wir langfristig einen energieeffizienten Gebäudepark. Es ist sicher gut, wenn man die Umsetzung macht mit diesen GEAK, aber es pressiert nicht so extrem. Man soll es dann machen, wenn man es sich finanziell auch leisten kann. Das kann durchaus auch in Tranchen passieren.

Nico van der Heiden war vor rund zwei Wochen in Paris. Weil ihn den Immobilienmarkt etwas interessieren, sind ihm dort zwei Sachen aufgefallen. Erstens der Quadratmeterpreis und zweitens der GEAK oder die Displays, welche man so gut sieht, wenn man eine Wohnung kaufen oder mieten will. Dann sieht man direkt, ob man im A, B, C, D oder E-Bereich ist. Das ist recht eindrücklich und wirklich eine sehr gute Sache, sowohl für potenzielle Mieter, aber auch für potenzielle Käufer. Die Energiepreise – da sind wir überzeugt – werden langfristig sicher steigen. Umso unverständlicher ist die heute fehlende Transparenz. Korintha Bärtsch hat es theoretisch erläutert. Auch der Sprechende findet es praktisch unschön, dass man nicht genau weiss, wie die Energiebilanz ist, wenn man eine Wohnung mietet oder kauft. Unbestritten ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion, dass ein GEAK aber vor allem für die privaten Liegenschaften wichtig wäre. Entsprechende Bestrebungen wird die SP/JUSO sehr unterstützen, womit klar ist, dass sie nachher auch das Postulat 125 unterstützt. Somit ist das auch gleich gesagt.

Bei den stadteigenen Liegenschaften ist der Erfolg wohl eher indirekt. Es nützt dem Sprechenden persönlich relativ wenig, wenn er sieht, wie hoch der Energieverbrauch im Stadthaus ist. Aber eine Signalwirkung hat das ganz sicher. Die Stadt soll mit einem guten Vorbild vorangehen und soll das machen, was sie kann. Die SP/JUSO ist auch der Überzeugung, dass der Zeitplan und der finanzielle Bedarf zur Erfüllung der Motion 124 tragbar sind und entsprechend wird sie die Motion unterstützen.

Joseph Schärli: Von der Materie her sind die Motion 124 und das Postulat 125 dasselbe, weshalb er sich gleich zu beiden Vorstössen äussert. Ursprünglich wurde die Gebäudeenergieeffizienz mit der Klassifizierung eines Minergie-Standards definiert. Auch wenn man zur Minergie-Klassifizierung seine skeptischen Ansichten haben darf, die Einteilung in die verschiedenen Minergie-Standards ist mehr oder weniger übersichtlich und verständlich. Seit einigen Jahren werden die Bauten nicht mehr nach Minergie-Standard bewertet, sondern das neue Schlagwort heisst „2000-Watt-Gesellschaft“. Mit energieeffizientem Bauen soll der Energiebedarf pro Einwohner auf den Stand von 1960 herabgesetzt werden. Im Bereich Bauten werden Liegenschaften mit einem eigenen, von der Minergie-Bewertung abweichenden Klassifizierungssystem, auf die 2000-Watt-Kompatibilität bewertet.

Doch nicht genug damit. Wie mit dem Postulat 125 gefordert, soll ein weiteres Klassifizierungssystem eingeführt werden, nämlich der Gebäudeenergieausweis. Immerhin hat der Kantonsrat – wie schon gesagt wurde – mit der Ablehnung des Energiegesetzes dem neuen Zertifizierungssystem vorerst einen Riegel geschoben. Die SVP kann weder die Motion, noch das Postulat unterstützen. Sie lehnt beides ab und stellt den entsprechenden Antrag.

Seit längerer Zeit sind die eingeführte Bewertung, und eventuell sogar die Zertifizierung nach Minergie-Standard vorhanden und haben sich bewährt. Es braucht keine weiteren Bewertungs- und Zertifizierungsverfahren. Je mehr Zertifizierungs- und Ausweis-Auflagen geschaffen werden, verteuert das den ganzen Wohnungsbau. Das hat wiederum einen Rückschlag auf die Mietpreise und widerspricht dem, was hier im Saal immer wieder gefordert wird, nämlich preisgünstige Wohnungen. Grundsätzlich ist die SVP auch gegen neue Gebühren, welche wieder entstehen würden. Für die Eigentümer, wie auch Kosten für die Stadt. Die gleiche Argumentation ist auch für die Motion 124 gültig.

Dazu kommt, dass mit dem freiwilligen Ausstellen eines GEAK gemäss Forderung in der Motion Drittkosten von über 200'000 Franken entstehen. Vielleicht kann uns dazu der Finanzdirektor der Stadt noch etwas sagen. Die internen Kosten sind dabei noch gar nicht eingerechnet. In Zeiten

von weiteren anstehenden Sparprogrammen haben solche ideologische Projekte kaum eine Berechtigung. Die SVP will aber grundsätzlich die Energieetikette für Gebäude nicht in den Boden stampfen und das Ganze verdammen. Denn, wenn private Hauseigentümer eine solche Etikette wünschen, sollen sie diese auch erwerben können. Aber es soll auf freiwilliger Basis passieren. Nicht dass der Staat den Gebäudeeigentümern wieder neue Vorschriften macht, denen man noch vor kurzem zum Minergie-Bauen recht massive Bestimmungen auferlegte. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion die Motion 124 und das Postulat 125 ab.

UVS-Direktor Adrian Borgula vertritt Baudirektorin Manuela Jost. Die Antworten wurden in enger Zusammenarbeit mit der UVS-Direktion erarbeitet. Im Rahmen des Aktionsplans Energie, Luft, Klima soll das Thema vertieft behandelt werden. Der Stadtrat zeigt hier auf, welche Massnahmen (GEAK oder Display) für die städtischen Liegenschaften geplant sind. Es ist klar, dass GEAK umfassender ist, aber beide Elemente ergänzen sich gut. Im Umsetzungskonzept des Aktionsplans ist das zumindest für einen grossen Teil der Bauten angedacht. Noch ist aber nichts beschlossen. Dabei wird auch das folgende Postulat 125 ebenfalls ein Thema sein. Man möchte prüfen, ob man für die privaten Gebäude die GEAK-Pflicht beantragen könnte. Oder ob sie eventuell auf privater Basis von dieser Unterstützung profitieren könnten.

Für den Stadtrat ist es nicht, wie Joseph Schärli gesagt hat, ein ideologisches Projekt. Das zeigt sich auch durch die Offenheit hier im Parlament. Es ist der erste Schritt für eine Verbesserung. Wenn man weiss, dass in der Stadt Luzern pro Jahr rund 200 Millionen Franken für Energiekosten aufgewendet werden, ist es natürlich auch ökonomisch interessant. Denn der grösste Teil der Energiekosten wandert ab und bleibt nicht auf dem Marktplatz der Stadt Luzern. Die Stadt könnte – gerade als „Energistadt Gold“ – durch die Unterstützung des GEAK eine Vorbildfunktion übernehmen. Schade, dass im Kanton diese Forderung nicht durchgekommen ist.

Einen GEAK und einen Display zu erarbeiten, hat natürlich ihren Preis. Das ist der Punkt, weshalb der Stadtrat sagt, er möchte die Motion als Postulat entgegennehmen. Die Finanzlage ist nicht so umwerfend, dass man sicherstellen kann, dass die Massnahme tatsächlich innerhalb des Zeitrahmens in diesem Umfang umgesetzt werden kann. Deshalb bittet der Sprechende im Namen des Stadtrates, die Motion als Postulat zu überweisen.

Stadtpräsident Stefan Roth möchte sich als stellvertretender Baudirektor äussern. Er ist überzeugt, dass sich Baudirektorin Manuela Jost ebenfalls noch vom Wort ergriffen gefühlt hätte. Grossstadtrat Jules Gut hat angesprochen, dass der Stadtrat zu den Motionen, Postulaten und allen Vorstössen auch bekannt gibt, was das Ganze für ein Preisschild hat. Das ist korrekt und wird auch aus Gründen der Transparenz gemacht. Vor zwei Jahren hat man schon begonnen, auch in der Gesamtplanung, die Meilensteine mit einem Preisschild zu versehen.

Jules Gut meint nun, man könne die 200'000 Franken einfach beim städtischen Liegenschaften-Unterhaltskonto verbuchen. Verbuchen kann man es überall, das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dort wo man es verbucht – explizit hier im Liegenschaften-Unterhaltskonto –, geht das entweder zulasten einer anderen Leistung innerhalb des Kontos, oder es geht zulasten einer erhöhten Verschuldung. Oder zulasten irgendeiner anderen Leistung. Denn hier im Parlament wurde auch beschlossen, dass die Stadt in den Jahren 2014/2015 ausgeglichene Ergebnisse haben muss. Darauf hat der Stadtrat schon seit längerem hingewiesen. Wenn nun die Motion überwiesen werden sollte, stellt sich die Frage, wie das finanziert werden soll. Es könnte ja auch aus dem

Energiefonds bezahlt werden. Wenn das gemacht wird, bedeutet das innerhalb des Energiefonds auch eine Priorisierung. Damit soll gesagt sein, dass der Stadtrat auch diesbezüglich seine Aufgaben wahrnimmt und sich verpflichtet, bei allen Postulaten und Motionen aufzuzeigen, was die Kostenfolgen sind.

András Özvegyi: Die Finanzen scheinen das Hauptthema für die Ablehnung zu sein. Dass man nun wegen der Finanzen einfach nichts mehr macht, muss man schon aufpassen. Dass man nicht einfach erstarrt und stehen bleibt. Zu den 200'000 Franken möchte der Sprechende erinnern, dass mit dem kürzlich beschlossenen Austritt aus dem VLG dieser Betrag nun jährlich gespart wird. Das hält sich also irgendwie die Waage. Deshalb bittet der Sprechende, das auch zu berücksichtigen.

Der Rat stimmt der Überweisung der Motion 124 zu.

**15. Postulat 125, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 21. Oktober 2013
Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz im Wohnungsmarkt**

Ratspräsident Thomas Gmür: Von der SVP liegt ein Ablehnungsantrag vor.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme zum Postulat über mehr Transparenz bei der Energieeffizienz im Wohnungsmarkt und freut sich, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Wer heute eine Glühbirne oder einen neuen Fernseher kauft, kann sich seit Jahren dank der Energieetikette über die Energieeffizienz der angebotenen Produkte informieren. Auch beim Kauf eines Kühlschranks oder eines Autos genügt ein Blick auf die Energieetikette, um zu erkennen, ob es sich um ein energieeffizientes Fahrzeug, oder um einen „Benzinfresser“ handelt. Bei der Kaufentscheidung für eine Glühbirne ist das Sparpotenzial, verglichen mit der Auswahl einer Mietwohnung, vergleichsweise klein. Trotzdem ist es für Mietinteressentinnen und Mietinteressenten bis heute nur sehr schwer, oder überhaupt nicht möglich, Informationen zur Energieeffizienz der angebotenen Wohnung bzw. des Gebäudes zu erhalten.

Nachdem die Regierung des Kantons Luzern mit ihrem Vorhaben gescheitert ist, müssen andere in die Bresche springen. Die Stadt Luzern wird in Zukunft auch einen Beitrag dazu leisten, dass der GEAK rascher als bisher Verbreitung findet und besser bekannt wird. Dies gelingt nur, wenn in Zukunft noch mehr Gebäude über einen GEAK verfügen. Wir sind überzeugt, dass die gemeinnützigen Wohnbauträger hier einen wertvollen Beitrag zu leisten vermögen und freuen uns, wenn auch hier die Privaten dem guten Vorbild rasch folgen werden.

Und noch zum Schluss: Es handelt sich hier um ein Postulat, und der Stadtrat wird in diesem Fall nur gebeten, mit dem G-Net zu diskutieren, ob der Vorschlag umgesetzt werden kann.

Reto Derungs: Heute Morgen ist die politische Welt etwas aus den Fugen. Die Grünen sind nicht mehr grün und die Liberalen nicht mehr liberal. Die CVP-Fraktion hätte das Postulat eigentlich gerne unterstützt, bis sie es noch einmal richtig durchgelesen hat. Wenn die Stadt ein Grund-

stück an eine Genossenschaft abgibt, darf sie sehr wohl Forderungen stellen, was das Grundstück betrifft. Wenn jetzt aber hier steht, dass man nachher noch Forderungen stellen will, welche die gesamten Liegenschaften dieser Genossenschaft betreffen, geht das natürlich viel zu weit. Das ist nach Ansicht des Sprechenden auch nicht mehr wirklich liberal. Für neue Grundstücke hätte die CVP das sehr wohl unterstützt, aber für alle Genossenschaften geht das nicht. Man muss auch sehen, dass die Genossenschaften unsere wichtigsten Partner in der Umsetzung der städtischen Wohnraumpolitik sind. Also müssen wir aufpassen, dass wir nicht eine Liste von Ansprüchen stellen, die immer länger und länger wird, welche die Genossenschaften irgendeinmal gar nicht mehr erfüllen können. Sondern wichtig ist die Umsetzung der Wohnraumpolitik und dort müssen wir die Genossenschaften im Boot haben. Deshalb ist die CVP dafür, dass man das Postulat so nicht entgegennimmt.

In der Abstimmung überweist der Rat das Postulat 125 mehrheitlich.

Ratspräsident Thomas Gmür schliesst die Ratssitzung und wünscht allen eine frohe Osterzeit. Die nächste Sitzung findet am 15. Mai 2014, um 10 Uhr statt.

Im Vorraum liegen die internen Telefonbücher zum Mitnehmen auf.

Schluss der Sitzung: 11.15 Uhr

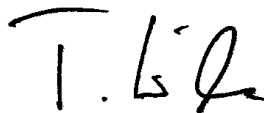
Luzern, 14. Mai 2014

Der Protokollführer:



Franz Meyer

Eingesehen von:



Toni Göpfert, Stadtschreiber